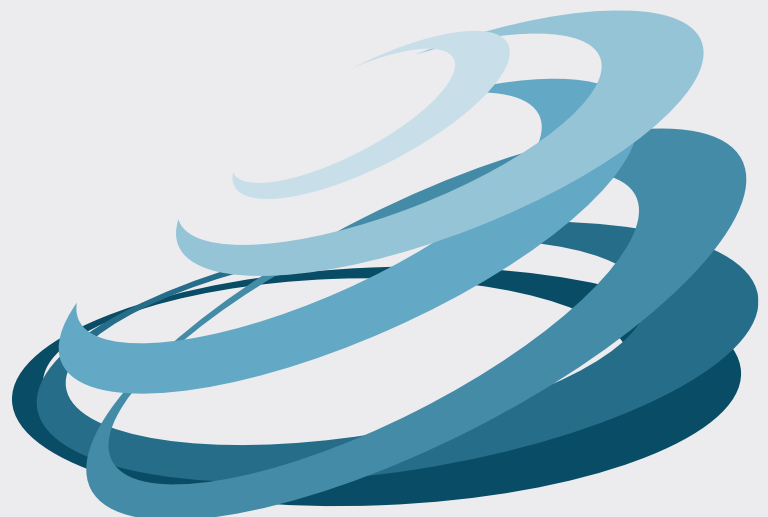




Antidiskriminierungsstelle
des Bundes

Benachteiligungserfahrungen von Personen mit und ohne Migrations- hintergrund im Ost-West-Vergleich

Expertise für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes



Benachteiligungserfahrungen von Personen mit und ohne Migrations- hintergrund im Ost-West-Vergleich

Expertise für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes

**Sachverständigenrat deutscher Stiftungen
für Integration und Migration (SVR) GmbH**

Neue Promenade 6

10178 Berlin

Tel.: 030 2888659-0

Fax: 030 2888659-11

info@svr-migration.de

www.svr-migration.de

Ansprechpartnerin:

Dr. Anne-Kathrin Will

Berlin, den 27. Juli 2012

Der Sachverständigenrat ist eine Initiative von:

Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung, Vodafone Stiftung und ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius.

Inhalt

Kurzdarstellung	5
Forschungsstand Diskriminierungserfahrungen von Zuwanderinnen und Zuwanderern	6
A. Benachteiligungserfahrungen	10
Ämter und Behörden sowie Arbeitsmarkt: besonders relevant	11
Ost-West-Vergleich: keine signifikanten Unterschiede	13
Herkunftsgruppe Afrika/Asien/Lateinamerika: mehr Benachteiligungen	16
Von der ersten zur zweiten Zuwanderergeneration: weniger Diskriminierungserleben, aber nicht in allen Bereichen	18
Religionszugehörigkeit: Muslime fühlen sich stärker benachteiligt	19
Bildungsniveau: mit steigender Bildung abnehmende Benachteiligungserfahrungen	20
Geschlecht: nur vereinzelte Unterschiede	22
Alter: Jüngere fühlen sich stärker benachteiligt	22
Zwischenfazit: Zuwandererbevolkerung fühlt sich doppelt so häufig benachteiligt, jedoch kein Ost-West-Unterschied	24
B. Verhaltenstendenzen	25
Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft: hohe Zustimmungswerte vor allem auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Beziehungen	27
Herkunftsgruppe: Personen ohne Migrationshintergrund skeptischer	32
Mit steigendem Bildungsniveau: größere Offenheit für Heterogenität	33
Zwischenfazit: Akzeptanz gesellschaftlicher Heterogenität hoch, Mehrheitsbevölkerung etwas skeptischer als Zuwandererbevolkerung	36
C. Generalisiertes Misstrauen	37
Migrationshintergrund: Zuwandererbevolkerung misstrauischer als Mehrheitsbevölkerung	38
Herkunftsgruppe: Vorbehalte zwischen Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern und Zuwanderinnen und Zuwanderern türkischer Herkunft	40
Ost-West-Vergleich: Mehrheitsbevölkerung in Ostdeutschland misstrauischer	41
Von der ersten zur zweiten Zuwanderergeneration: abnehmendes generalisiertes Misstrauen	44
Sozioökonomische Faktoren: Bei höherer Bildung und höherem Einkommen sinkt das Misstrauen	44
Zwischenfazit: generalisiertes Misstrauen auf niedrigem Niveau, bei Personen mit Migrationshintergrund höher, ebenso bei Mehrheitsbevölkerung in Ostdeutschland	46

D. Zusammenfassung der Studienergebnisse	47
Anhänge	49
Abbildungen	49
Infoboxen	49
Literatur	50
Tabellenanhang 1	55
Tabellenanhang 2	56
Tabellenanhang 3	57
Tabellenanhang 4	58
Tabellenanhang 5	59
Über den Sachverständigenrat	61

Kurzdarstellung

Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie stehen Benachteiligungserfahrungen, Verhaltenstendenzen in gesellschaftlich heterogenen Alltagssituationen und generalisiertes Misstrauen im Sinne eines pauschal nicht vorhandenen Vertrauens in einzelne Herkunftsgruppen. Die Studie basiert auf Daten des SVR-Integrationsbarometers 2012, für das sowohl Zuwanderer- als auch Mehrheitsbevölkerung zu den gleichen Themen befragt werden.

Benachteiligung, also die Schlechterbehandlung von Personen oder Gruppen aufgrund bestimmter Merkmale, wird von der Zuwandererbevölkerung etwa doppelt so häufig berichtet wie von der Mehrheitsbevölkerung. Rund 25 Prozent der Befragten ohne und 41,9 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund geben an, in einem der acht abgefragten Lebensbereiche benachteiligt worden zu sein. Einen signifikanten Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es dabei nicht. Die meisten Befragten nahmen Benachteiligung in den Bereichen Ämter und Behörden, Arbeitsmarkt und öffentliche Transportmittel wahr (absolute Zahlen). Wird berücksichtigt, dass einige Lebenssituationen – wie beispielsweise die Wohnungssuche oder der Besuch einer Bildungsstätte – nicht für alle Befragten relevant waren, sind hingegen Bildung und Arbeit die beiden Bereiche, in denen der größte Prozentsatz der dort Aktiven Diskriminierung angibt. Bei den Antworten zu Benachteiligungserfahrungen ist immer zweierlei zu berücksichtigen: Ein hohes Ausmaß an angegebenen Benachteiligungserfahrungen kann nicht nur auf ein höheres Ausmaß an real erlebten benachteiligenden Situationen zurückgeführt werden, sondern auch auf eine erhöhte Sensibilität der befragten Personen. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die in Deutschland aufgewachsen, also hier sozialisiert worden sind, sich zugehörig fühlen und durchschnittlich umso sensibler auf Handlungen oder Haltungen reagieren, die diese Zugehörigkeit faktisch oder aus ihrer Sicht infrage stellen.

In den Verhaltenstendenzen zeigt sich eine Ambivalenz gegenüber gesellschaftlicher Heterogenität. So ist die Bereitschaft, in einem ethnisch heterogenen Umfeld zu arbeiten, hoch. Auch die Akzeptanz binationaler Ehen in der eigenen Familie ist relativ groß. In der Nachbarschaft und im Bildungssystem jedoch begegnet etwa die Hälfte der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund gesellschaftlicher Heterogenität mit Skepsis. Hingegen ist generalisiertes Misstrauen nur auf niedrigem Niveau vorhanden, bei Personen mit Migrationshintergrund aber tendenziell ausgeprägter als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Die Befunde sind kein Grund zu Alarmismus, zeigen aber, wie wichtig eine effektive Antidiskriminierungsarbeit insbesondere in einer sich pluralisierenden Gesellschaft ist.

Forschungsstand Diskriminierungserfahrungen von Zuwanderinnen und Zuwanderern

Das Thema Diskriminierung¹ hatte in der deutschen Öffentlichkeit bislang keinen hohen Stellenwert. Die deutsche Integrationsforschung beschränkte sich zur Erklärung von faktischen oder empfundenen Benachteiligungen von Personen mit Migrationshintergrund neben dem Hinweis auf oft nicht näher spezifizierte „kulturelle“ Faktoren insbesondere auf sozioökonomische Faktoren und Bildungsaspekte, wie z. B. ein niedriges Qualifikationsniveau und geringe Deutschkenntnisse, die eine chancengleiche Teilhabe an zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erschweren. Diskriminierungsforscher führen dagegen an, dass die Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund auch dann nicht vollständig zu klären sind, wenn diese Faktoren, die einen wesentlichen Einfluss auf die gesellschaftliche und soziale Position ausüben, konstant gehalten werden (vgl. Peucker 2010a). Seit dem Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), das auf die Umsetzung von EU-Richtlinien zu Antidiskriminierung zurückgeht, wird über Ungleichbehandlung auch stärker in der Öffentlichkeit diskutiert. Allerdings ist über das Ausmaß von Diskriminierung wegen der schlechten Datenlage nach wie vor wenig bekannt.

Untersuchungen in Deutschland haben bislang punktuell für bestimmte Gruppen von Personen mit Migrationshintergrund Diskriminierungserfahrungen erhoben, beispielsweise für Menschen türkischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen (Sauer 2010), Musliminnen und Muslime (Brettfeld/Wetzels 2007) oder für die größten Ausländergruppen in Deutschland, zu denen türkische, griechische, italienische und polnische Staatsangehörige und Ausländerinnen und Ausländer mit Staatsangehörigkeiten der jugoslawischen Nachfolgestaaten zählen (BAMF 2010²), oder für Personen mit Migrationshintergrund aus den größten Zuwanderergruppen (Bertelsmann Stiftung 2009³).

-
- 1 Der in der internationalen Diskussion und im allgemeinen Sprachgebrauch verwendete Begriff „Diskriminierung“ entspricht dem, was das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) als „Benachteiligung“ bezeichnet (s. <http://www.antidiskriminierungsverband.eu/faq.htm>). Diskriminierung und Benachteiligung werden im folgenden Text daher synonym gebraucht.
 - 2 In der Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ wurden Zugewanderte aus der Türkei, Griechenland, Italien und Polen sowie Zugewanderte aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens befragt.
 - 3 Für die von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebene Studie wurden 1.581 Personen mit Migrationshintergrund aus der Türkei, der ehemaligen Sowjetunion (bzw. den Nachfolgestaaten Russland, Kasachstan, Ukraine), dem ehemaligen Jugoslawien (bzw. den Nachfolgestaaten Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien, Montenegro, Kosovo, Mazedonien, Slowenien) sowie aus Polen, Italien, Spanien und Griechenland befragt.

In einer Spezialauswertung des Eurobarometers zu Diskriminierung (Europäische Kommission 2009) wurden – entlang der definierten Merkmale ethnische Herkunft, Alter, Behinderung, sexuelle Orientierung, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung – Diskriminierungserfahrungen der Befragten in den vorangegangenen zwölf Monaten erfasst. In Deutschland antworteten 13 Prozent der Befragten, dass sie sich in diesem Zeitraum aufgrund eines dieser Merkmale diskriminiert fühlten, und 29 Prozent meinten, solche Diskriminierungen beobachtet zu haben. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit im Mittelfeld. Die 1.523 in Deutschland befragten Personen wurden zwar danach gefragt, ob sie sich einer Minderheit im Hinblick auf ein Merkmal zuordnen (nicht gefragt wurde nach Alter und Geschlecht), doch es erfolgten keine weiteren Auswertungen auf nationaler Ebene, da die Fallzahlen zu gering waren. Damit blieben zentrale Fragen offen, darunter auch: Wie erleben Personen mit Migrationshintergrund Benachteiligung? Welche Gruppen sind besonders betroffen? Und in welchen Bereichen kommt Benachteiligung besonders häufig vor? Diese Fragen werden in der vorliegenden Studie analysiert. Sie basiert auf dem SVR-Integrationsbarometer, einer repräsentativen Befragung von über 9.200 Personen mit und ohne Migrationshintergrund (Infobox 1). Die Fragen zielen auf Benachteiligungserfahrungen und -empfindungen aufgrund der ethnischen Herkunft, wobei auch andere Merkmale wie z. B. Geschlecht, Alter oder Religionszugehörigkeit eine Rolle spielen können und somit auch Mehrfachdiskriminierungen erhoben werden. Die Stichprobe kann auch nach unterschiedlichen Zuwanderergruppen ausgewertet werden.

Das Wissen um betroffene Gruppen und Lebensbereiche ist Voraussetzung für einen angemessenen Diskriminierungsschutz. Darüber hinaus ist das Ausmaß von Diskriminierung ein wichtiger Indikator für die Einschätzung von Offenheit und Fairness in einer Gesellschaft und damit für die Bereitschaft, ihren Mitgliedern Teilhabechancen zu gewähren. Eine entscheidende Voraussetzung für Diskriminierungsfreiheit ist die Akzeptanz von gesellschaftlicher Heterogenität.

Ökonomische Ausgleichsmechanismen, politischer Dialog und vor allem auch die soziale Annäherung verschiedener Gruppen beugen gesellschaftlichen Konflikten vor, die aus Benachteiligungserfahrungen erwachsen können. Daher werden in der vorliegenden Studie auch Verhaltenstendenzen in verschiedenen Lebensbereichen, in denen ethnische Heterogenität eine Rolle spielt, untersucht und so Gruppen mit besonders starken Vorbehalten identifiziert. Da Personen mit Migrationshintergrund eine sehr heterogene Gruppe bilden und nicht nur gegenüber der Mehrheitsbevölkerung, sondern auch zwischen einzelnen Herkunftsgruppen Vorurteile bestehen können, soll zudem analysiert werden, wer wem mit Misstrauen begegnet. In einer sich pluralisierenden Gesellschaft kann solch generalisiertes Misstrauen zu Diskriminierungen führen, die sich negativ auf das Zusammenleben auswirken. Die Untersuchungsergebnisse zu diesen drei miteinander verwobenen Aspekten – Benachteiligungserfahrungen, Verhaltenstendenzen und generalisiertes Misstrauen – werden im Folgenden nacheinander dargestellt.

Infobox 1: Das SVR-Integrationsbarometer

Die vorliegende Studie basiert auf der Datenerhebung des SVR-Integrationsbarometers 2012. Das Integrationsbarometer erfasst den Integrationsalltag in der Einwanderungsgesellschaft und zeichnet sich dadurch aus, dass sowohl Zuwanderer- als auch Mehrheitsbevölkerung zu den gleichen Themen befragt werden. Das Integrationsbarometer wurde im Sommer 2011 in den westdeutschen Regionen Rhein-Ruhr, Stuttgart, Rhein-Main und in den ostdeutschen Regionen Berlin-Brandenburg und Halle-Leipzig erhoben. Sowohl in den westdeutschen wie auch den ostdeutschen Befragungsgebieten handelt es sich um Großregionen mit einer langen Zuwanderungsgeschichte, in denen das Zusammenleben von Personen mit und ohne Migrationshintergrund hohe Alltagsrelevanz besitzt.

Um der Pluralität im Migrationsland Deutschland Rechnung zu tragen, wurden als wichtige Teile der Zuwandererbevölkerung Personen türkischer Herkunft, Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler, Personen aus EU-Staaten und aus europäischen Staaten außerhalb der EU sowie aus Afrika, Asien, Lateinamerika berücksichtigt. Für jede der sechs Befragtengruppen wurden in jeder der fünf Großregionen Zielgrößen jeweils im Stadtkern, am Stadtrand und in nicht städtischen Siedlungsräumen festgelegt.

Für die Befragung wurden Telefonnummern aus dem Nummernpool des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. verwendet. Sie wurden zufällig ausgewählt, d. h. es handelt sich überwiegend (63 %) um eine geschichtete Zufallsstichprobe. Ergänzend wurden onomastisch ausgewählte Rufnummern genutzt, um Personen mit Migrationshintergrund, insbesondere in den ostdeutschen Befragungsgebieten, gezielter zu erreichen. 37 Prozent der Stichprobe wurden über onomastische Telefonnummern gewonnen.

Pro Haushalt wurde jeweils eine mindestens 16-jährige Person befragt, die zufällig nach dem jüngst zurückliegenden Geburtstag ausgewählt wurde. Bilinguale Interviewerinnen und Interviewer boten die Befragung auf Russisch, Türkisch und Vietnamesisch an. Bei 2 Prozent der angerufenen Haushalte konnte aufgrund von Verständigungsproblemen kein Interview geführt werden.

Insgesamt nahmen über 9.200 Personen an der Befragung teil. Personen mit Migrationshintergrund⁴ sind mit 76,8 Prozent und Personen ohne Migrationshintergrund mit 23,2 Prozent vertreten. Dieser hohe Anteil an Personen mit Migrationshintergrund ist die Stärke des SVR-Integrationsbarometers, denn dies ermöglicht gruppenspezifische statistische Auswertungen. Die Gesamtstichprobe

4 Ein Migrationshintergrund liegt im Sinne dieser Erhebung vor, wenn die befragte Person selbst oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde. Die Zuordnung zu einem Herkunftsland erfolgte über das Geburtsland des oder der zugewanderten Befragten oder der zugewanderten Eltern. Bei unterschiedlichen Geburtsländern der Eltern wurde das Geburtsland des Vaters als Herkunftsland herangezogen.

unterteilt sich wie folgt: 15,5 Prozent der Befragten kamen selbst oder ihre Eltern(-teile) als Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler nach Deutschland, 13,3 Prozent sind türkischer Herkunft. Die mit 17,4 Prozent größte Gruppe stammt selbst oder ihre Eltern(-teile) aus EU-Staaten; 16,1 Prozent stammen aus europäischen Ländern außerhalb der EU und 14,6 Prozent aus afrikanischen, asiatischen oder lateinamerikanischen Ländern. Eine Angleichung an die tatsächlichen Bevölkerungsverhältnisse erfolgt über Gewichtungsfaktoren, sodass repräsentative Auswertungen möglich sind.

Im Vorfeld der Befragung wurde die Verständlichkeit der deutschen, russischen, türkischen und vietnamesischen Fragebogenversionen in einem kognitiven Pretest untersucht. Es folgte ein quantitativer Pretest unter Realbedingungen mit Personen mit und ohne Migrationshintergrund in allen fünf Befragungsregionen. Die Befragung wurde von BIK Aschpurwis + Behrens GmbH umgesetzt. Der Fragebogen enthält Fragen nach soziodemografischen Angaben, Erfahrungen und Einschätzungen in Teilbereichen des Zusammenlebens, Einschätzungen der Integrationspolitik und des Integrationsgeschehens, Benachteiligungserfahrungen und Vertrauen in bestimmte Herkunftsgruppen. Für die vorliegende Studie wurden die Fragen zu Benachteiligungserfahrungen, hypothetischen Verhaltenstendenzen in heterogenen Alltagssituationen und einem generalisierten Misstrauen in unterschiedliche Herkunftsgruppen ausgewertet.

A.

Benachteiligungserfahrungen

Benachteiligung, im Sinne einer Schlechterbehandlung einer Person oder einer Gruppe, ist ein mehrdimensionales und somit komplexes soziales Phänomen mit vielschichtigen Ursachen, Formen, Wirkungsweisen und Konsequenzen. Unterschiedliche Gründe und verschiedene Formen von Diskriminierung aufgrund von tatsächlichen oder zugeschriebenen persönlichen Merkmalen, zum Beispiel Geschlecht, ethnische Herkunft, Religion, Weltanschauung, Alter, Behinderung oder sexuelle Orientierung, können sich dabei überschneiden oder sich in bestimmten Situationen gegenseitig verstärken (vgl. Holzleithner 2010, Klinger/Knapp/Sauer 2007). Die Diskriminierungsforschung unterscheidet grundsätzlich zwischen direkter und indirekter bzw. interpersoneller und struktureller Diskriminierung sowie nach unterschiedlichen Perspektiven subjektiv wahrgenommener und objektiv stattfindender Benachteiligung.⁵

Die vorliegende Studie fragt nach subjektiv empfundener interpersoneller und struktureller Benachteiligung. Die Befragung konzentriert sich auf persönliches Erleben von Benachteiligung – aufgrund welcher Merkmale auch immer – in den letzten zwölf Monaten.⁶ Konkret wurde nach Benachteiligungserfahrungen in verschiedenen Bereichen des Alltags gefragt (Tabellenanhang 1). Es wurden keine konkreten Situationen vorgegeben und damit den Befragten Raum für persönliche Interpretationen von Benachteiligung und deren möglichen Ursachen gelassen. Die subjektive Wahrnehmung von Benachteiligungserfahrungen ist eine wichtige Ergänzung zu amtlichen Statistiken über angezeigte Diskriminierungsfälle, die die tatsächlich erlebte Diskriminierung nicht umfassend wiedergeben (vgl. Fundamental Rights Agency 2011).

In Migrationsländern wie Deutschland ist die subjektive Einschätzung erlebter Diskriminierung der Zuwandererbevölkerung neben harten Kriterien struktureller Integration außerdem ein wichtiger Integrationsindikator, da sie unter anderem die von Zuwanderinnen und Zuwanderern wahrgenommene Akzeptanz durch die Mehrheitsbevölkerung abbildet. Die tatsächlich vorkommende Diskriminierung kann von den Betroffenen unterschätzt werden, da sie sich der Benachteiligung vielleicht nicht bewusst sind. Das Ausmaß von Diskriminierung kann aber auch überschätzt werden, indem ein negatives Erlebnis als solches bezeichnet wird, obwohl Diskriminierung nach objektiv nachvollziehbaren Kriterien dabei keine Rolle spielte (Makkonen 2007: 45–46).

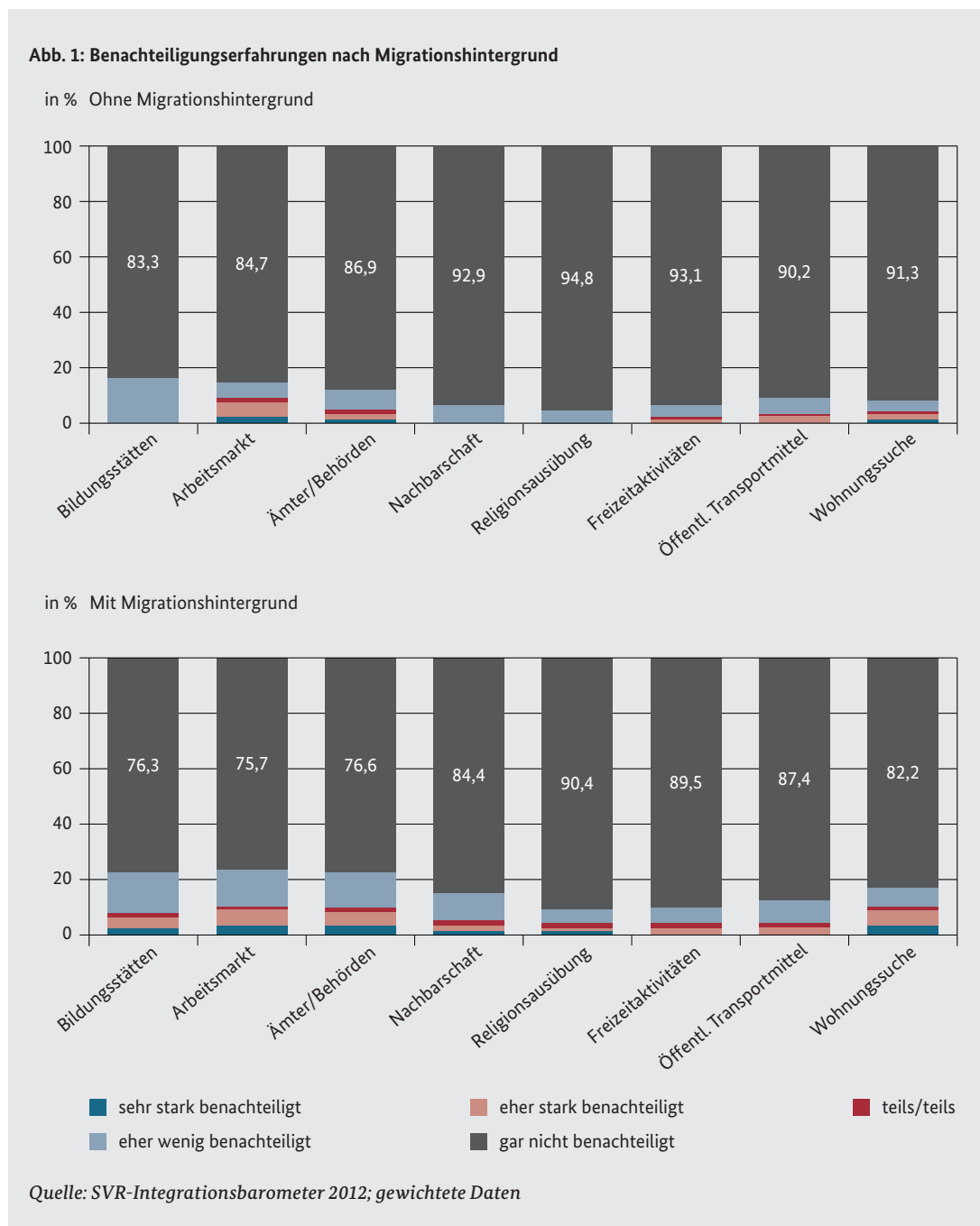
5 Eine Klassifikation von Diskriminierungsformen im Arbeitsmarktbereich findet sich zum Beispiel bei Wrench (2007: 116 ff.).

6 Wenn im Folgenden von Benachteiligung gesprochen wird, so ist damit die subjektive Dimension persönlich festgestellter Benachteiligung gemeint.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Erhebung dargestellt, wobei Gruppen, die besonders von Benachteiligung berichten, identifiziert werden sowie Bereiche, in denen diese besonders verbreitet ist. Soziodemografische Faktoren werden dabei ebenfalls berücksichtigt.

Ämter und Behörden sowie Arbeitsmarkt: besonders relevant

Das allgemeine subjektiv wahrgenommene Diskriminierungsniveau in Deutschland ist gering: Fast drei Viertel (71,4%) der Befragten geben an, dass sie sich im letzten Jahr in keinem der acht abgefragten Lebensbereiche benachteiligt gefühlt haben. Betrachtet man die Ergebnisse getrennt nach Personen mit und ohne Migrationshintergrund, so zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede: Zuwanderinnen und Zuwanderer geben in allen abgefragten Bereichen signifikant höhere Benachteiligungen an, in der Nachbarschaft und bei der Wohnungssuche sogar mehr als doppelt so hohe (Abb. 1).



Die Mehrheitsbevölkerung gibt an, die stärksten Benachteiligungserfahrungen in Bildungsstätten (16,7 %) und auf dem Arbeitsmarkt (15,3 %) gemacht zu haben. Dabei geben Menschen mit Migrationshintergrund an, in Bildungsstätten „etwas“ benachteiligt worden zu sein, im Bereich Arbeitsmarkt berichten hingegen 7,7 Prozent von „sehr“ oder „eher starken“ Benachteiligungen. Die Zuwandererbevolkerung nimmt insbesondere bei der Wohnungssuche, auf dem Arbeitsmarkt, in Bildungsstätten sowie auf Behörden eine starke Benachteiligung wahr. So fühlen sich 9,4 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund bei der Wohnungssuche, 10 Prozent auf dem Arbeitsmarkt, 6,5 Prozent im Bildungsbereich und 9 Prozent auf Ämtern und Behörden „sehr stark“ oder „eher stark“ benachteiligt. Diese Wahrnehmung deckt sich mit empirischen Studien, die Diskriminierungstendenzen in verschiedenen Bereichen mithilfe sog. Testing-Verfahren⁷ untersucht haben und somit einen Hinweis auf tatsächlich stattfindende Benachteiligung geben. Laut Kaas und Manger (2010) beispielsweise, erhielten (männliche) Bewerber mit türkisch klingendem Namen bei gleicher Qualifikation 14 Prozent weniger Antworten auf ihr Bewerbungsschreiben um einen Praktikumsplatz als ihre deutschen Mitbewerber. Bei kleineren Unternehmen lag der Unterschied sogar bei 24 Prozent.⁸ Die Ungleichbehandlung von Personen mit Migrationshintergrund auf dem Wohnungsmarkt wird z. B. von Planerladen e. V. (2009) in einer Untersuchung für Nordrhein-Westfalen nachgewiesen. Bedenkt man, dass Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland zu den besonders armutsgefährdeten Gruppen zählen (Bundesregierung 2008), hat die Bekämpfung ungleicher Verteilungschancen eine große Bedeutung, um einer Verfestigung von Armutsmustern zu begegnen.

Zu berücksichtigen ist, dass die vorgestellten Lebensbereiche nicht in gleicher Weise relevant sind. So gibt zwar ein hoher Prozentsatz derjenigen, die Bildungseinrichtungen besuchen, Diskriminierungserlebnisse an. Betrachtet man die Gesamtheit der Befragten, haben aber nur wenige Diskriminierung im Bildungsbereich erlebt, weil nur ein geringer Anteil der Befragten in den letzten zwölf Monaten selbst die Schule oder Universität besucht oder eine Ausbildung absolviert hat⁹. Mehr als ein Drittel der Befragten hat im angegebenen Zeitraum auch keine Wohnung gesucht und deshalb keine Erfahrungen bei der Wohnungssuche gemacht. Die größte Zahl von Befragten gibt vielmehr Benachteiligungen bei Ämtern und Behörden an, gefolgt von Benachteiligungserfahrungen am Arbeitsmarkt und in öffentlichen Verkehrsmitteln (Abb. 2).

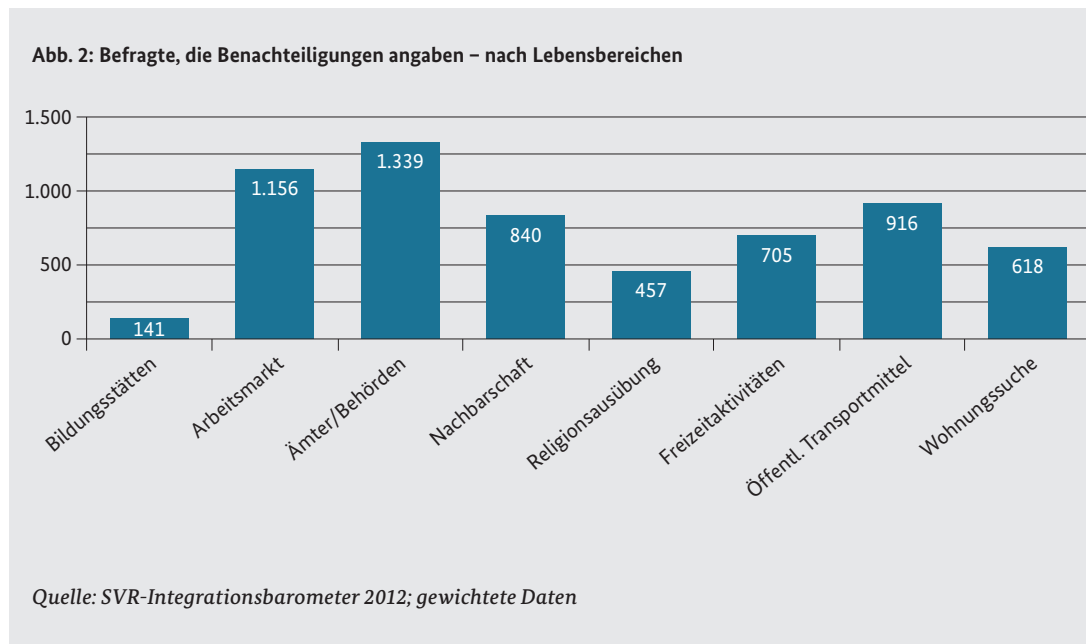
Setzt man hingegen die von allen Befragten wahrgenommene Benachteiligung zu der Anzahl der Personen ins Verhältnis, die im letzten Jahr in den jeweiligen Bereichen tatsächlich aktiv waren, so sind der Bildungs- und der Arbeitsbereich die Spitzenreiter der wahrgenommenen Diskriminierung. Im Übrigen weisen die Benachteiligungserfahrungen in verschiedenen Bereichen untereinander eine hohe Korrelation auf, d. h.,

7 Bei Testing-Verfahren wird eine Vergleichsperson eingesetzt, um zu überprüfen, ob ein Verhalten gegenüber einer Person, die ein bestimmtes Merkmal aufweist, gleichermaßen auch gegenüber der Vergleichsperson, bei der dies nicht der Fall ist, erfolgt.

8 Wurden den Bewerbungen außerdem Referenzschreiben früherer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber beigelegt, die positive Erfahrungen mit dem Bewerber beschreiben, verschwand der Unterschied. Kaas und Manger bewerten das Ergebnis daher als „statistische Diskriminierung“, wonach Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sich bei ihrer Entscheidung mangels Informationen nicht von der persönlichen Eignung des Kandidaten, sondern von verallgemeinernden Alltags- und Kollektivannahmen leiten lassen.

9 Die geringen Fallzahlen schränken in diesem Punkt auch die Aussagekraft des Integrationsbarometers ein. Ergänzende Schüler- und Studierendenbefragungen wären daher sinnvoll.

wer sich beispielsweise in der Nachbarschaft benachteiligt fühlte, hatte häufig auch auf Ämtern und Behörden oder bei Freizeitaktivitäten und in öffentlichen Verkehrsmitteln das Gefühl, diskriminiert zu werden.

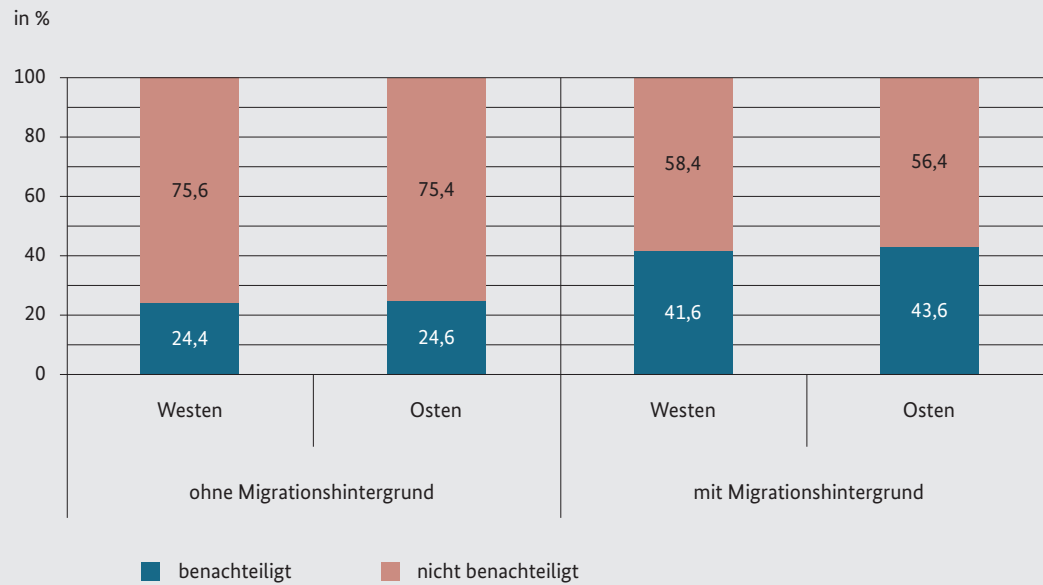


Ost-West-Vergleich: keine signifikanten Unterschiede

In der politischen und öffentlichen Diskussion über Ausländerfeindlichkeit wird ein Ost-West-Gefälle angenommen. Eine im Rahmen des Projekts Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) seit 2002 durchgeführte Langzeitstudie¹⁰ zeigt, dass fremdenfeindliche Einstellungen in Ostdeutschland weiter verbreitet sind als in Westdeutschland (Klein/Heitmeyer 2009; vgl. auch Asbrock et al. 2012: 208 und Decker et al. 2010: 77 ff). Dies lässt zunächst vermuten, dass sich auch Benachteiligungserfahrungen und -wahrnehmungen in Ost- und Westdeutschland unterscheiden. Die Daten aus den gewählten Befragungsregionen bestätigen dies nicht. Eine differenzierte Betrachtung von Ost- und Westdeutschland lässt – zumindest auf der Wahrnehmungsebene – keinen signifikanten Unterschied in den Benachteiligungserfahrungen erkennen. Zwei von fünf Befragten mit Migrationshintergrund sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland geben an, in mindestens einem der abgefragten Bereiche benachteiligt worden zu sein (Abb. 3). Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund ist es fast ein Viertel. Erneut zeigt sich damit die höhere Benachteiligungserfahrung von Menschen mit Migrationshintergrund, allerdings fällt diese in den gewählten Befragungsregionen in Ostdeutschland nicht signifikant höher aus als in Westdeutschland.

¹⁰ Bei der Langzeitstudie wurden zwischen 2002 und 2012 jährlich etwa 3.000 Personen telefonisch befragt und feindselige Einstellungen gegenüber Menschen anderer Herkunft oder mit anderen Lebensstilen untersucht. Grundannahme der Studie ist ein gemeinsamer Kern abwertender Einstellungen gegenüber unterschiedlichen Gruppen, die auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit gründen. Die Ergebnisse der Befragungen wurden jährlich unter dem Titel „Deutsche Zustände“ veröffentlicht.

Abb. 3: Zusammengefasste Benachteiligungserfahrungen im Ost-West-Vergleich



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2012; gewichtete Daten

Auch in den einzelnen Bereichen lassen sich nur geringe Unterschiede zwischen den Befragungsgebieten in Ost- und Westdeutschland feststellen. Darüber hinaus finden sich die Unterschiede nicht – wie vielleicht zu erwarten gewesen wäre – bei Menschen mit, sondern bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Letztere fühlen sich in den ostdeutschen Befragungsregionen durchschnittlich weniger benachteiligt als Befragte in den westdeutschen Regionen. Bei Personen mit Migrationshintergrund ist der Ost-West-Unterschied in keinem der Bereiche signifikant (Abb. 4). Dies überrascht insofern, als in den ostdeutschen Bundesländern trotz geringerer Zuwandererdichte mehr rassistische Übergriffe gezählt werden als in Westdeutschland (BMI 2010: 52).¹¹ Die Übergriffe übersetzen sich aber nicht in eine unterschiedliche Wahrnehmung von Benachteiligungen der Zuwandererbevolkerung in den ost- und westdeutschen Bundesländern.

11 Die Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ (BMI 2010) belaufen sich in den ostdeutschen Bundesländern auf 2,08 Fälle pro 1.000 Einwohner und in den westdeutschen Bundesländern auf 1,04.

Abb. 4: Diskriminierungserleben im Ost-West-Vergleich nach Migrationshintergrund



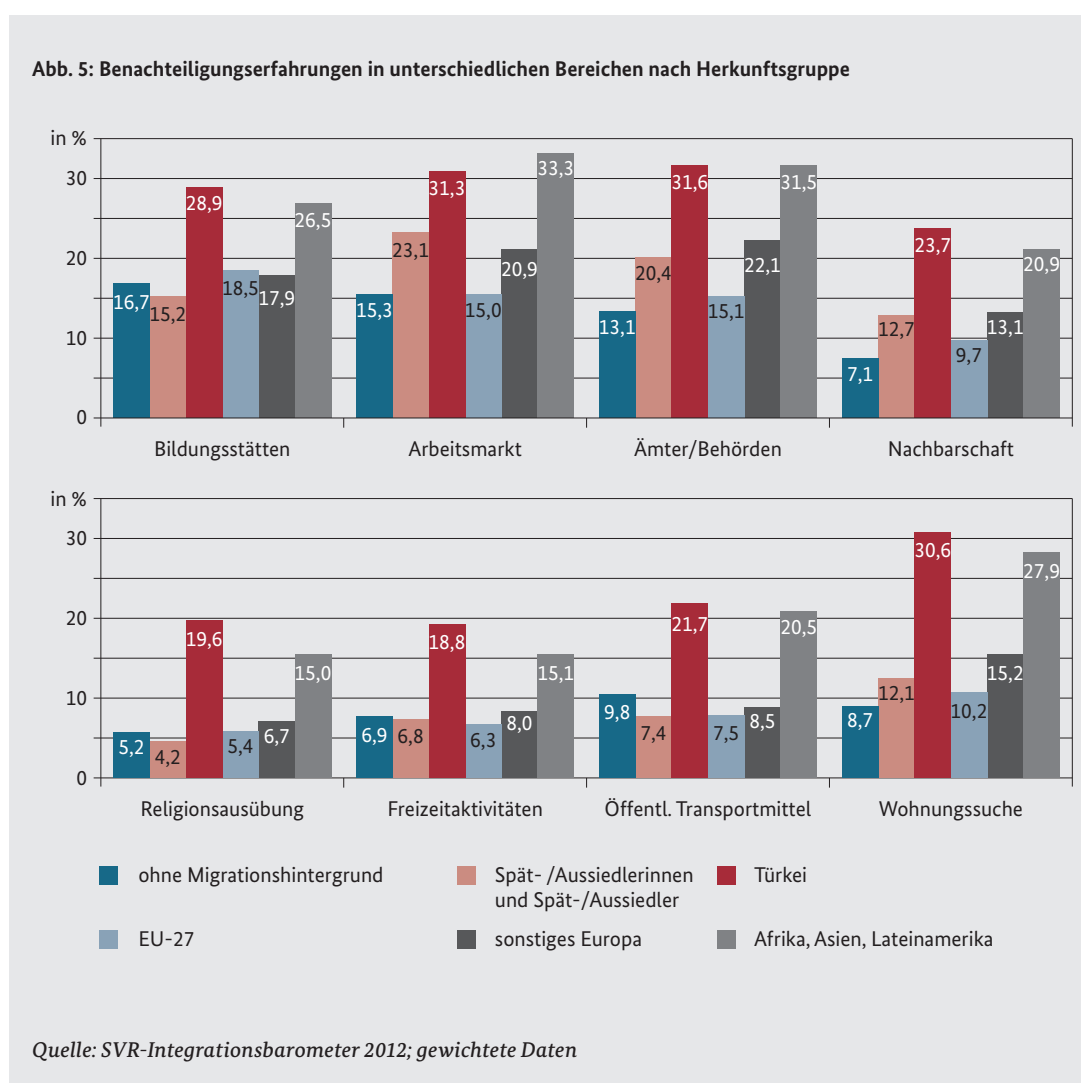
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2012; gewichtete Daten

Die Wahrnehmung von Diskriminierung hat unter anderem mit dem öffentlichen Diskurs, der unterschiedlichen Sensibilität gegenüber ungleicher und als ungerecht erlebter Behandlung sowie dem Ausmaß und der Art und Weise, wie z. B. Fragen der Einwanderung diskutiert werden, zu tun (Europäische Kommission 2009: 66 ff.). So zeigt das Eurobarometer beachtliche Unterschiede bezüglich der wahrgenommenen Verbreitung ethnischer Diskriminierung¹² zwischen den einzelnen Ländern. Die wahrgenommene Verbreitung von Diskriminierung im eigenen Land ist bei den Befragten in den skandinavischen Ländern sowie den Niederlanden und Frankreich am höchsten, bei den meisten der neu der EU beigetretenen osteuropäischen Länder dagegen am niedrigsten (ibd.). Das lässt auf unterschiedliche Wahrnehmungen, Diskussionen und Sensibilisierungen zwischen west- und osteuropäischen Staaten schließen, die möglicherweise auch bei der differenzierten Betrachtung von ost- und westdeutschen Befragungsgebieten eine Rolle spielen. Hier sind vertiefende Untersuchungen erforderlich.

12 Gefragt wird im Eurobarometer neben persönlich erlebter auch nach wahrgenommener Verbreitung von Diskriminierung im jeweiligen Land.

Herkunftsgruppe Afrika/Asien/Lateinamerika: mehr Benachteiligungen

Die Betrachtung der Diskriminierungserfahrung verschiedener Herkunftsgruppen zeigt, dass besonders phänotypisch differente, d. h. als „anders“ wahrnehmbare, Personen der Herkunftsgruppe Afrika/Asien/Lateinamerika häufiger Benachteiligungen wahrnehmen. Diese übersteigt im Bereich Arbeitsmarkt die Diskriminierungswahrnehmung in der Gruppe der Zuwanderinnen und Zuwanderer türkischer Herkunft, die ebenfalls angeben, vergleichsweise häufig benachteiligt worden zu sein (Abb. 5). Beide Herkunftsgruppen fühlen sich in allen Bereichen stärker benachteiligt als andere Gruppen, am größten fällt der Unterschied bei der Wohnungssuche aus. Die Sichtbarkeit der „Andersartigkeit“ und damit in vielen Fällen auch eines Migrationshintergrundes ist demnach ein wichtiger Indikator für Diskriminierung.



Der oben beschriebene fehlende Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Befragungsregionen ist sicherlich in Teilen auch auf eine Selbstselektion der als „fremd“ oder „anders“ wahrgenommenen Personen zurückzuführen, weil als „anders“ markierte Zuwanderer Ostdeutschland von sich aus meiden könnten, um einer vermeintlichen oder realen Diskriminierung zu entgehen. So berichtet beispielsweise ein tunesischer Student der Ingenieurwissenschaft im Rahmen einer Studie des SVR-Forschungsbereichs zu den Bleibeabsichten internationaler Studierender: „Falls ich in Deutschland bleiben würde, würde das mit Sicherheit in West-Deutschland geschehen, denn im Osten sind viele rassistische Deutsche unterwegs, und das finde ich wirklich schade“ (Sykes 2012). Dazu kommt auch, dass viele Flüchtlinge und Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler, die per Zuweisung in die ostdeutschen Bundesländer kamen, diese – sobald es ihre rechtliche Situation erlaubt – Richtung Westdeutschland verlassen, wo sie sich auch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhoffen (vgl. Ausländerbeauftragter der Landesregierung Sachsen-Anhalt 2002, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg 2009, Stern/Reinecke/Raetzell 2008).

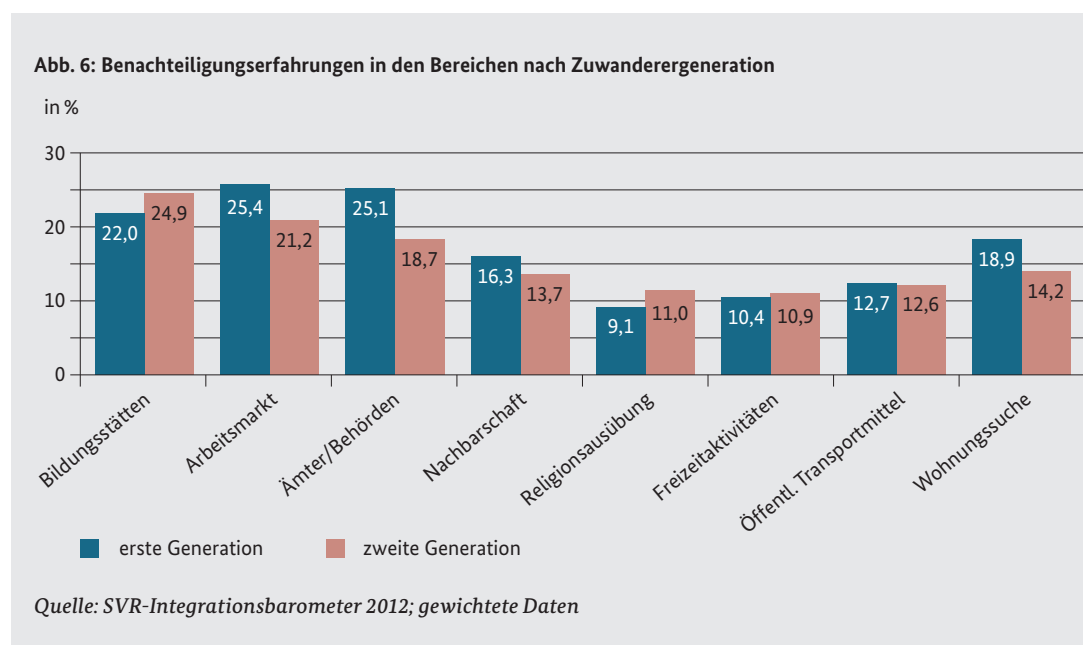
Solch eine Abwanderung bzw. die mangelnde Anziehungskraft für Zuwanderinnen und Zuwanderer ist für die neuen Bundesländer bereits jetzt ein Standortnachteil, der sich infolge des demografischen Wandels noch verstärken wird. Schon heute sind unbesetzte Ausbildungsplätze in Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg nicht attraktiv – weder für Hauptschulabsolventinnen und -absolventen mit Migrationshintergrund der alten Bundesländer noch – aus anderen Gründen – für die Jugendlichen der neuen Bundesländer selbst. Perspektivisch wird die Schrumpfung und Alterung der Erwerbspersonen in den ostdeutschen Bundesländern für die dort ansässigen Unternehmen zum Problem (Ante 2010). Umso intensiver steuert z. B. Sachsen mit seiner Initiative für qualifizierte Zuwanderung gegen diesen Trend an.¹³

Was für die ostdeutschen Bundesländer gilt, trifft auch auf den Standort Deutschland insgesamt zu. Damit Deutschland für Zuwanderung attraktiver wird, muss die „Willkommenskultur“ verbessert werden. Andernfalls, so die Befürchtung, könnten gut ausgebildete junge Menschen mit Migrationshintergrund Deutschland den Rücken kehren bzw. Hochqualifizierte nicht für Deutschland gewonnen werden. Eine Studentin aus Usbekistan drückt dies in der Studie zu den Bleibeabsichten internationaler Hochschulabsolventinnen und -absolventen so aus: „Alltäglicher Rassismus gegenüber Menschen mit einem bestimmten ethnischen und religiösen Hintergrund ist nichts Ungewöhnliches in Deutschland. Das ist der Hauptgrund, dass ich hier nach meinem Abschluss nicht bleiben will. Hätte ich gewusst, dass das so ist, hätte ich von vornherein über ein anderes Land für meinen Studienaufenthalt nachgedacht“ (SVR-Forschungsbereich/MPG 2012: 42). In der Regel führen negative Erfahrungen nicht direkt zum Verlassen des (Bundes-)Landes, dennoch leidet das Image des jeweiligen Landes und verringert damit seine Attraktivität in der nahen Zukunft.

13 Das im März 2012 verabschiedete Sächsische Integrations- und Zuwanderungskonzept (ZIK) beispielsweise wirbt neben einer Anerkennung schon vorhandener Potenziale ausdrücklich für Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte auch aus dem Ausland.

Von der ersten zur zweiten Zuwanderergeneration: weniger Diskriminierungserleben, aber nicht in allen Bereichen

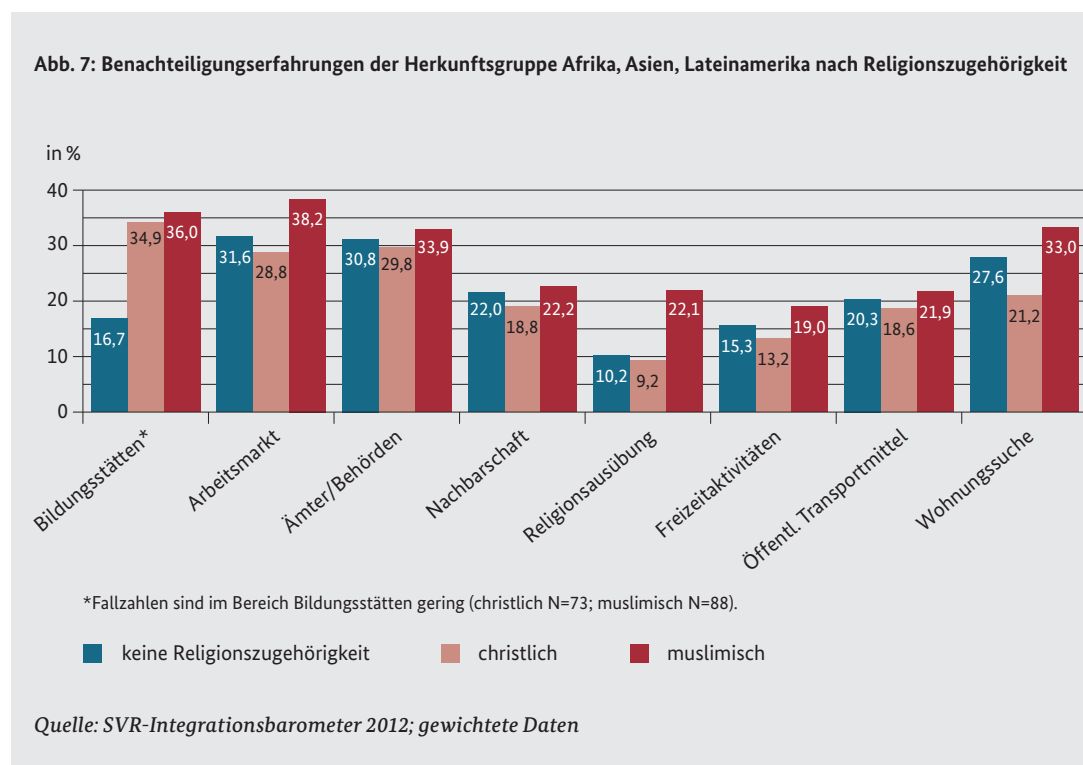
Ein Blick auf die zweite Zuwanderergeneration, also Personen, die in Deutschland geboren sind und mindestens einen zugewanderten Elternteil haben, zeigt, dass diese zum Teil geringere Benachteiligungserfahrungen angeben (Abb. 6): In den Bereichen Arbeitsmarkt, Ämter und Behörden sowie Wohnungssuche fühlt sich die zweite Generation signifikant weniger benachteiligt als die erste. Das Benachteiligungspotenzial sinkt also, wenn beispielsweise geringe Deutschkenntnisse oder ein Akzent als Marker für „Anderssein“ entfallen und Angehörige der zweiten Generation in sozialen Interaktionen nicht (sofort) als Personen mit Migrationshintergrund wahrgenommen werden.



Eine Differenzierung nach Herkunftsgruppen und nach Lebensbereichen ist jedoch notwendig: So zeigen sich bei den Befragten türkischer Herkunft beispielsweise keine signifikanten Unterschiede zwischen der ersten und der zweiten Generation. Ausnahmen der generationsabhängigen Benachteiligungserfahrung bilden außerdem die Bereiche Bildung und Religionsausübung, in denen die zweite Generation höhere Benachteiligungserfahrungen angibt. Hierbei könnte eine veränderte Anspruchshaltung der nachfolgenden Generation eine Rolle spielen, wonach Gleichbehandlung insbesondere in diesen Bereichen mit größerer Selbstverständlichkeit erwartet und Akzeptanz stärker eingefordert wird als durch Personen der ersten Zuwanderergeneration. Letztere kamen als Pionierwanderer der „Gastarbeitergeneration“ im Glauben nach Deutschland, nur vorübergehend in der Fremde zu leben (vgl. Sauer 2010: 143, Salentin 2008: 521–522).

Religionszugehörigkeit: Muslime fühlen sich stärker benachteiligt

Für die Beantwortung der Frage, ob die Religionszugehörigkeit einen Einfluss auf Benachteiligungserfahrungen bzw. -empfindungen hat, bietet sich eine Betrachtung der vielgestaltigen Gruppe Afrika/Asien/Lateinamerika an. Hier zeigt sich, dass vor allem die befragten Musliminnen und Muslime von Benachteiligung berichten. Personen mit islamischem Glaubensbekenntnis geben in dieser Gruppe in allen Bereichen signifikant höhere Benachteiligungserfahrungen an als Angehörige anderer Religionen und Bekenntnislose (Abb. 7). Dies erklärt unter anderem auch, warum die Gruppe der Zuwanderinnen und Zuwanderer mit türkischem Migrationshintergrund, die überwiegend muslimischen Glaubens sind¹⁴, von ähnlich starker (und zum Teil sogar größerer) Benachteiligung berichtet als Befragte aus Afrika, Asien und Lateinamerika. In der Herkunftsgruppe Afrika/Asien/Lateinamerika geben zwischen 15 Prozent der Befragten (Religionsausübung) und 33,3 Prozent (Arbeitsmarkt) Benachteiligungserfahrungen an. Bei Zuwanderinnen und Zuwanderern türkischer Herkunft liegt der niedrigste Wert bei 18,8 Prozent im Teilbereich Freizeitaktivitäten und der höchste bei 31,6 Prozent auf Ämtern und Behörden (vgl. Abb. 5). Die erfahrene Benachteiligung im Bereich der Religionsausübung ist bei allen Gruppen gering; sie wird aber von Musliminnen und Muslimen häufiger genannt als von Zuwanderinnen und Zuwanderern mit anderen Glaubensbekenntnissen (Abb. 7).



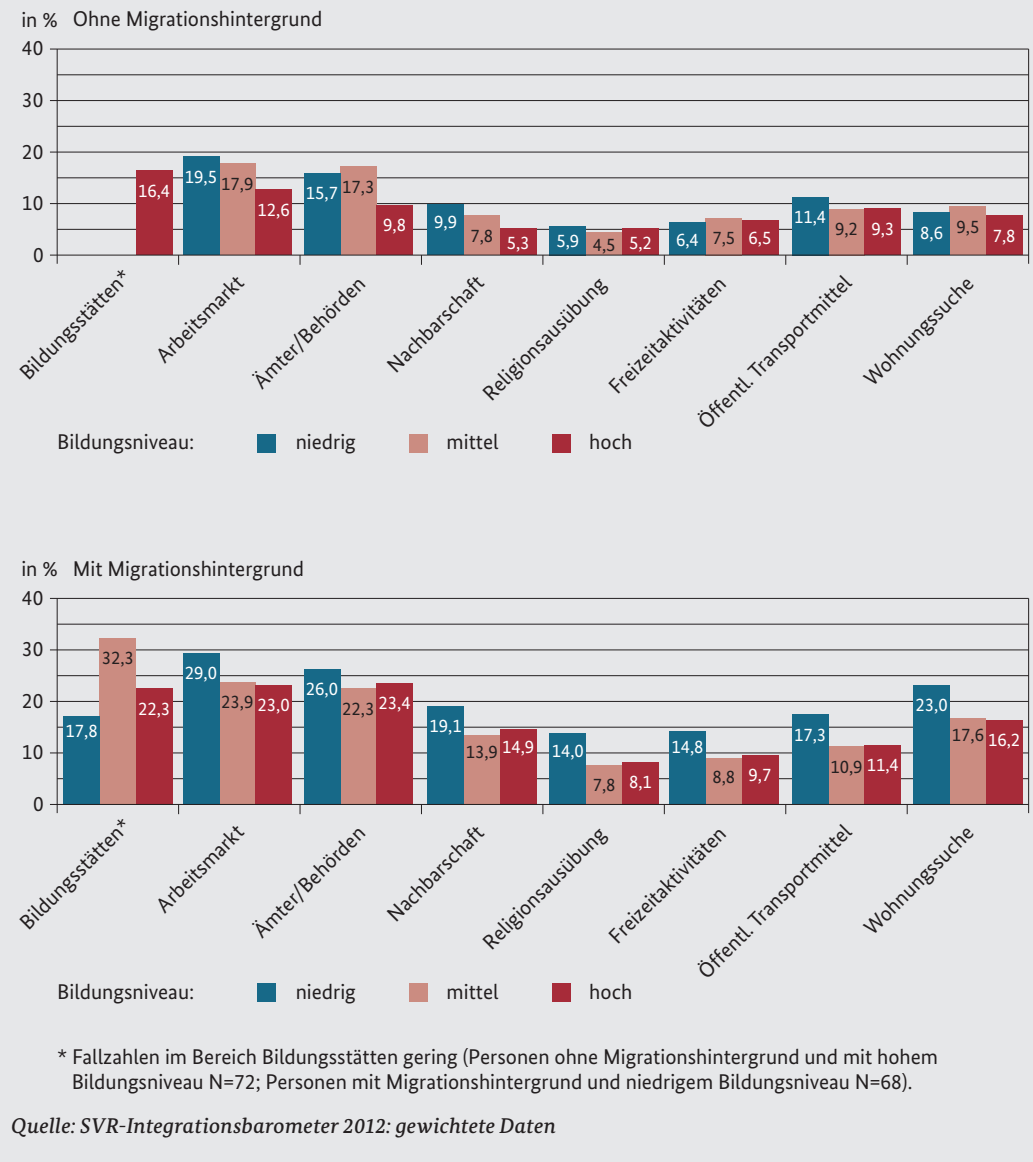
14 73,6 Prozent der im SVR-Integrationsbarometer befragten Personen türkischer Herkunft bezeichneten sich als Muslima oder Muslim und 21,3 Prozent als bekenntnislos. Die verbleibenden 5,1 Prozent verweigerten eine Antwort auf die Frage nach der Religionszugehörigkeit („Gehören Sie einer Religionsgemeinschaft an? Wenn ja, welcher?“) oder gaben eine andere Religionszugehörigkeit an.

Die Frage, ob Musliminnen und Muslime tatsächlich stärkerer Diskriminierung ausgesetzt sind oder ob sie sensibler auf Benachteiligung reagieren, lässt sich anhand der Daten des SVR-Integrationsbarometers nicht klären. Andere Studien konnten Benachteiligungen von Personen muslimischen Glaubens vor allem auf dem Arbeitsmarkt nachweisen (vgl. Peucker 2010b). Ein ursächlicher Zusammenhang zur Religionszugehörigkeit als deren eindeutige Ursache lässt sich allerdings nur in wenigen Fällen bestimmen. Ethnische Herkunft, Religionszugehörigkeit, sozialer Status oder Bildungsniveau überlagern sich. Die EU-weit vergleichende EU-MIDIS-Befragung zu Minderheiten und Diskriminierung beispielsweise ergibt, dass nur 10 Prozent der Musliminnen und Muslime, die in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens einen Diskriminierungsvorfall erlebt hatten, diesen ausschließlich ihrer Religion zuschreiben (Fundamental Rights Agency 2009: 5), 43 Prozent waren der Meinung, die Benachteiligung beruhe sowohl auf ihrer ethnischen Herkunft bzw. dem Migrationshintergrund als auch auf der Religion. Etwa jede Dritte bzw. jeder Dritte sah den Vorfall ausschließlich in der ethnischen Herkunft bzw. dem Migrationshintergrund begründet.

Bildungsniveau: mit steigender Bildung abnehmende Benachteiligungserfahrungen

Ein höheres Bildungsniveau übersetzt sich tendenziell in niedrigere Benachteiligungserfahrungen (Abb. 8). Bei der Mehrheitsbevölkerung ist dieses Muster in allen abgefragten Lebensbereichen anzutreffen: Befragte mit niedrigem Bildungsniveau berichten stets häufiger von Benachteiligungen als Befragte mit hohem Bildungsniveau. Das gleiche Muster lässt sich auch bei den Befragten mit Migrationshintergrund finden. Ein unklares Muster weisen jedoch Befragte mit einem mittleren Bildungsniveau auf. Während sie in der Zuwandererbevolkerung eher dem Trend der Personen mit hohem Bildungsniveau folgen, ist bei den Personen ohne Migrationshintergrund keine klare Zuordnung möglich.

Abb. 8: Benachteiligungserfahrungen nach Migrationshintergrund und Bildungsniveau



Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau berichten häufiger von Ungleichbehandlung als höher Gebildete. Ein steigendes Bildungsniveau kann sich in zweierlei Hinsicht auswirken (vgl. Salentin 2008: 523). Einerseits geht höhere Bildung im Allgemeinen mit besseren Sprachkenntnissen und kulturellen Kompetenzen einher, was die Wahrnehmbarkeit als „fremd“ und damit auch das Benachteiligungspotenzial verringert. Andererseits führt eine höhere Bildung auch zu einer steigenden Gleichstellungserwartung und folglich einer steigenden Wahrnehmung und Sensibilität für Benachteiligung.

Die häufigeren Angaben von Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und auf Ämtern und Behörden im Vergleich zu den anderen abgefragten Lebensbereichen über alle Bildungsniveaus hinweg sind jedoch problematisch für die Wahrnehmung Deutschlands als Einwanderungsland, das attraktiv für Hochqualifizierte sein möchte.

Vor allem der Besuch bei Ausländerbehörden, die Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der Regel aufsuchen müssen,¹⁵ entscheidet oftmals mit darüber, ob sich Zuwanderinnen und Zuwanderer in Deutschland generell akzeptiert und willkommen fühlen (SVR 2011: 2).¹⁶ Hier besteht weiterhin Handlungsbedarf für die Antidiskriminierungsarbeit.

Geschlecht: nur vereinzelte Unterschiede

Geschlechterspezifische Unterschiede machen sich vor allem bei Personen ohne Migrationshintergrund bemerkbar: Auf dem Arbeitsmarkt fühlen sich Frauen ohne Migrationshintergrund im Vergleich zu Männern ohne Migrationshintergrund ein- einhalbmal so häufig benachteiligt. Bei Personen mit Migrationshintergrund ist kein systematischer Unterschied zwischen den Geschlechtern zu erkennen. Aus anderen Studien ist aber bekannt, dass sich vor allem kopftuchtragende Frauen stärkerer Benachteiligung ausgesetzt sehen (z. B. Open Society Institute 2010, Färber et al. 2008).

In der vorliegenden Befragung können nur in zwei Bereichen geschlechterspezifische Unterschiede bei Personen mit Migrationshintergrund festgestellt werden: So fühlen sich männliche Befragte mit Migrationshintergrund bei Freizeitaktivitäten und bei der Wohnungssuche häufiger benachteiligt als Frauen mit Migrationshintergrund. Insbesondere Männer der Herkunftsgruppe Afrika/Asien/Lateinamerika geben bei der Wohnungssuche Benachteiligungen an, wobei sicherlich auch hier das sichtbare „Anderssein“ eine Rolle spielt.

Alter: Jüngere fühlen sich stärker benachteiligt

Ein Blick auf die verschiedenen Altersgruppen zeigt, dass ältere Personen mit Migrationshintergrund weniger Benachteiligungen berichten (Abb. 9). Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ist nur für Personen ohne Migrationshintergrund ein Thema. In den Bereichen Freizeitaktivitäten und öffentliche Transportmittel geben ältere Zuwanderinnen und Zuwanderer weniger Benachteiligungen an als ältere Befragte ohne Migrationshintergrund.

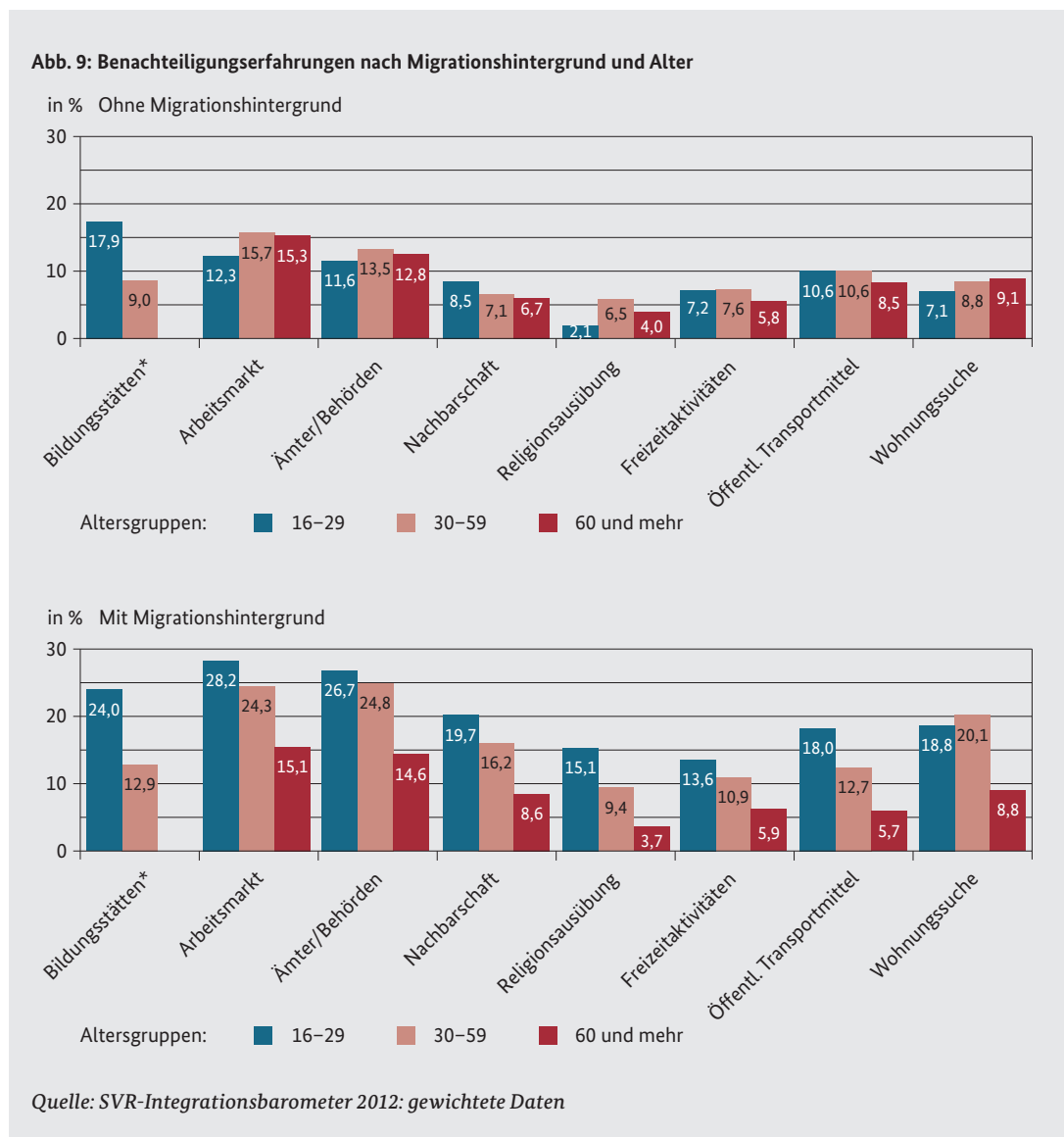
Betrachtet man nur die Zuwandererbevolkerung, so ist der Zusammenhang zum Merkmal Alter signifikant hoch: Die Jüngeren fühlen sich in allen Bereichen stärker benachteiligt. Dies ist nur scheinbar ein Widerspruch zu dem Befund, dass sich Angehörige der zweiten Zuwanderergeneration – mit Ausnahme von Personen mit türkischem Migrationshintergrund – in den meisten abgefragten Lebensbereichen weniger benachteiligt fühlen. Denn die zweite Generation ist nicht wesentlich jünger als die erste,

15 Hiervon sind jedoch Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten ausgenommen, die ihre Freizügigkeitsbescheinigung auch wahlweise auf der zuständigen Meldestelle erhalten können.

16 Auch das folgende Zitat aus der oben zitierten Studie zu Bleibeabsichten internationaler Studierender verdeutlicht dies: „Immer reden sie über Integration und Fachkräftemangel, in Deutschland wie in anderen EU-Ländern, aber Ausländer als gleichwertig zu betrachten und zu behandeln, dazu sind sie nicht bereit. Ich zum Beispiel bin Wissenschaftler; aber jedes Mal, wenn ich zur Ausländerbehörde gehe, um mein Visum zu verlängern, muss ich geradezu auf die Knie fallen. Manche Beamte dort sind sehr nett und freundlich; die Regel aber ist, dass sie unfreundlich und arrogant sind“ (SVR-Forschungsbereich 2012).

deckt sich also nicht mit der jungen Alterskategorie. Im Durchschnitt sind im SVR-Integrationsbarometer befragte Zugewanderte 46 Jahre alt. Wird nach der Zuwanderergeneration unterschieden, so sind Befragte der ersten Generation im Durchschnitt 45 Jahre alt und Befragte der zweiten Generation, die selbst oder deren Eltern bzw. ein Elternteil zugewandert sind, durchschnittlich 37 Jahre alt. Der relativ geringe Unterschied von acht Jahren erklärt sich dadurch, dass nur Personen über 16 Jahre befragt wurden und damit die große Gruppe von Kindern und Jugendlichen der zweiten Generation entfällt. Zudem sind Teile der zweiten Generation durch die lange Wanderungshistorie von Deutschland schon „in die Jahre gekommen“, und auch die erste Generation wird immer wieder durch neue Zuwanderinnen und Zuwanderer verjüngt.

Erneut muss auch hier betont werden, dass die Benachteiligungserfahrung von der Wahrnehmung einer Situation oder eines als ungerecht empfundenen Verhaltens abhängt. Ältere, die zu den Pionierwanderern der „Gastarbeitergeneration“ zählen, empfinden Alltagssituationen möglicherweise anders als jüngere, in Deutschland aufgewachsene und sozialisierte Angehörige der Zuwandererbevolkerung sowie Angehörige der Mehrheitsbevölkerung.



Zwischenfazit: Zuwandererbevölkerung fühlt sich doppelt so häufig benachteiligt, jedoch kein Ost-West-Unterschied

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern bewegt sich die Wahrnehmung von Benachteiligung in Deutschland auf niedrigem Niveau. Das oben zitierte Eurobarometer ergab, dass die Einschätzung über die Verbreitung von Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft – der am häufigsten genannte Diskriminierungsgrund – in Deutschland deutlich unter dem EU-27-Durchschnitt liegt. Auch die Verbreitung von Benachteiligung aufgrund anderer Merkmale wie Geschlecht, Alter, Behinderung oder sexuelle Orientierung wird in Deutschland als geringer wahrgenommen als im europäischen Durchschnitt (Europäische Kommission 2009).

Auch die vorliegenden Befragungsergebnisse verweisen zunächst auf ein geringes Niveau subjektiv empfundener Benachteiligung. Einige Bereiche des Alltags und bestimmte Gruppen sind allerdings in besonderem Maße von Benachteiligungen betroffen und bedürfen daher besonderer Aufmerksamkeit. Absolut betrachtet werden Benachteiligungserfahrungen vor allem auf Ämtern und Behörden, dem Arbeitsmarkt sowie in öffentlichen Transportmitteln gemacht. Relativ zu der Anzahl der Personen, die im letzten Jahr in den jeweiligen Bereichen tatsächlich aktiv waren, stellen sich vor allem Bildung und Arbeit als Bereiche heraus, in denen Benachteiligung verstärkt wahrgenommen wurde. Im Ost-West-Vergleich der Befragungsregionen ergeben sich keine Unterschiede in der wahrgenommenen Benachteiligung, wohl aber im Vergleich zwischen der Mehrheits- und der Zuwandererbevölkerung. Personen mit Migrationshintergrund erlebten im Befragungszeitraum in allen Bereichen signifikant höhere Diskriminierung. Zudem geben 41,9 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund an, in mindestens einem der abgefragten Bereiche benachteiligt worden zu sein. Zieht man außerdem in Betracht, dass in Deutschland eine relativ geringe Kenntnis der Gesetze und persönlichen Rechte im Falle von Diskriminierung besteht¹⁷, zeigt sich hier deutlicher politischer Handlungsbedarf.

¹⁷ In der oben zitierten Spezialauswertung des Eurobarometers gaben nur 26 Prozent der Befragten in Deutschland an, ihre Rechte im Fall von Diskriminierung zu kennen. Dies liegt deutlich unter dem EU-27-Durchschnitt von 33 Prozent (zum Vergleich: In Finnland gaben 63 Prozent der Befragten eine Kenntnis ihrer Rechte an). Persönlich erfahrene Diskriminierung erhöht das Wissen um Gesetze und Rechte nur geringfügig (Europäische Kommission 2009: 39 ff.).

B.

Verhaltenstendenzen

Im SVR-Integrationsbarometer werden Handlungsabsichten für konkrete Situationen des Zusammenlebens von Personen unterschiedlicher Herkunft¹⁸ für vier Bereiche erhoben: soziale Beziehungen, Nachbarschaft, Bildungssystem und Arbeitsmarkt. Dabei wird erfragt, inwieweit die Interviewten z. B. bereit wären, ihre Kinder auf eine Schule mit hohem Zuwandereranteil zu schicken oder in eine ethnisch heterogene Nachbarschaft zu ziehen (Tabellenanhang 2). Die erhobenen Handlungsabsichten müssen sich nicht zwangsläufig in konkretes Handeln übersetzen. Es ist aber davon auszugehen, dass sie die Entscheidungspräferenzen der Befragten abbilden. Unter anderem zeigen aus der Sozialpsychologie stammende Einstellungs-Verhaltens-Modelle, dass Handlungsabsichten zur Vorhersage von Verhalten herangezogen werden können. So sind die erfragten Verhaltenstendenzen ein guter Indikator für das gesellschaftliche Klima. Sie geben Hinweise auf vorherrschende und das Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft gefährdende Vorurteile,¹⁹ wobei eventuell sozial erwünschtes Antwortverhalten (Infobox 2) berücksichtigt werden muss.

Infobox 2: Soziale Erwünschtheit

Das Phänomen der sozialen Erwünschtheit beschreibt die Tendenz von Befragten, ihre Verhaltens- und Meinungsäußerungen an gesellschaftlichen Erwartungen auszurichten (Crowne/Marlowe 1960, Paulhus 1984, Stocké 2004). Dieser Effekt der Konformität ist besonders hoch bei sensiblen und normativ geprägten Themen, wie beispielsweise der sexuellen Orientierung, Alkohol- oder Drogenkonsum. Die Antworten können dabei je nach Verfestigung und Verbindlichkeit der gesellschaftlichen Norm sowohl positiv als auch negativ verzerrt werden.

In der Forschung werden zur Erfassung solcher Antworttendenzen bestimmte Statements in die Befragung aufgenommen, die auf soziale Erwünschtheit hinweisen. Dabei wird, basierend auf Paulhus (1984), zwischen Selbst- und Fremdtäu-

18 Ein kognitiver Pretest zeigte, dass unter „unterschiedlicher Herkunft“ vor allem ethnische Herkunft verstanden wurde und beispielsweise nicht regionale Herkunft aus Nord- oder Süddeutschland.

19 Vorurteile werden oft als eine der Ursachen für Ungleichbehandlung im Alltag betrachtet. So finden Schütz und Six (1996) in einer Metaanalyse beispielsweise positive Zusammenhänge zwischen Vorurteilen und Diskriminierungsintentionen sowie zwischen Vorurteilen und diskriminierendem Verhalten. Vor diesem Hintergrund ist es besonders relevant, die Einstellungen zu einer heterogenen, von Diversität geprägten Gesellschaft zu erfassen, da Personen, die Diversität ablehnen, auch eher zu Vorurteilen neigen (Zick/Wolf/Küpper 2010).

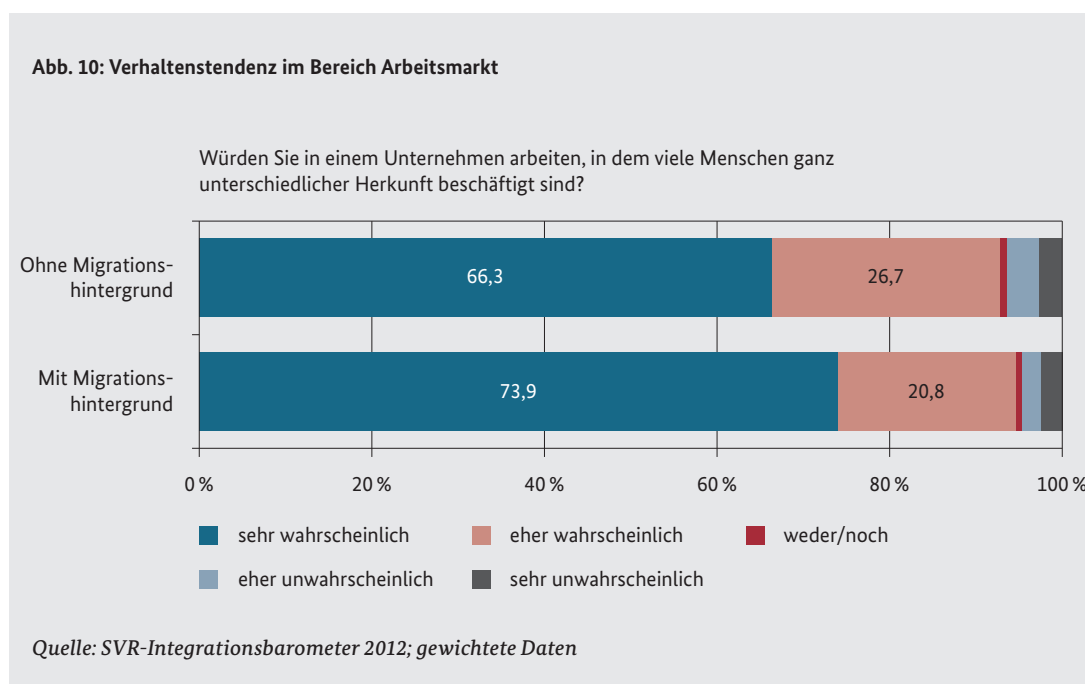
schung unterschieden. Während Selbsttäuschung in Persönlichkeitsmerkmalen der oder des Befragten begründet ist und sich mit dem Streben nach sozialer Anerkennung und dem Schutz des Selbstwertgefühls erklären lässt, ist Fremdtäuschung situativ bedingt. Der oder die Befragte versucht hierbei, durch eine bewusste Täuschung ein positiveres Bild gegenüber der Außenwelt abzugeben und sich eventuell auch vor möglichen erwarteten Konsequenzen zu schützen.

Für das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) wurde vor diesem Hintergrund eine Kurzsкала mit sechs Fragen entwickelt, die es ermöglicht, sozial erwünschte Antworttendenzen auf diesen Dimensionen zu erkennen (Winkler/Kroh/Spiess 2006). Diese Kurzsкала wird auch in der vorliegenden Studie verwendet, um auf soziale Erwünschtheit zu kontrollieren (Tabellenanhang 3). Bei 44 Prozent der Personen in der Stichprobe kann man gemäß dem Konzept der sozialen Erwünschtheit davon ausgehen, dass sie sich unabhängig von gesellschaftlichen Konventionen äußern, also immer ihre „wahre Meinung“ angeben. Bei 51 Prozent der Befragten kann es eine Verzerrung geben, weil sie versuchen, durch ihr Antwortverhalten einer gesellschaftlichen Norm zu entsprechen (Tabellenanhang 4). Die Auswirkungen sind jedoch nur bei sensiblen Fragestellungen relevant, für die gesellschaftliche Normen etabliert sind. Ob konkrete Fragen für sozial erwünschtes Antwortverhalten anfällig sind, wird mit der beschriebenen Kurzsкала überprüft. 5 Prozent der Befragten verweigerten die Antwort oder wussten keine Antwort auf mindestens eine der sechs Fragen und konnten somit keinem Typ zugeordnet werden. Zu betonen ist, dass die Kontrolle für soziale Erwünschtheit nur ein Indikator dafür ist, ob sich eine Frage auf sensible Inhalte bezieht und deshalb die Antworten verzerrt sein könnten. Eine Aussage über das Ausmaß der Verzerrung und ihrer Richtung ist nicht möglich. Hierzu müssten, beispielsweise durch ein Randomized-Response-Verfahren, weitere Daten gewonnen werden. Im Rahmen von Meinungsumfragen stoßen solche Verfahren jedoch an Umsetzungsgrenzen und werden deshalb bisher nur in experimentellen Kontexten genutzt.

Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft: hohe Zustimmungswerte vor allem auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Beziehungen

Arbeitsmarkt

Ethnische Heterogenität am Arbeitsplatz wird zu einem hohen Grad akzeptiert: 66,3 Prozent der Befragten ohne und 73,9 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund würden in einem Unternehmen arbeiten, in dem viele Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft beschäftigt sind (Abb. 10). Die hohe Befürwortung bei Personen mit Migrationshintergrund muss dabei mit Vorsicht interpretiert werden, da die Bereitschaft, in einem heterogenen Umfeld zu arbeiten, durch sozial erwünschtes Antwortverhalten verzerrt ist. Bei Personen ohne Migrationshintergrund ist jedoch keine solche Verzerrung festzustellen.



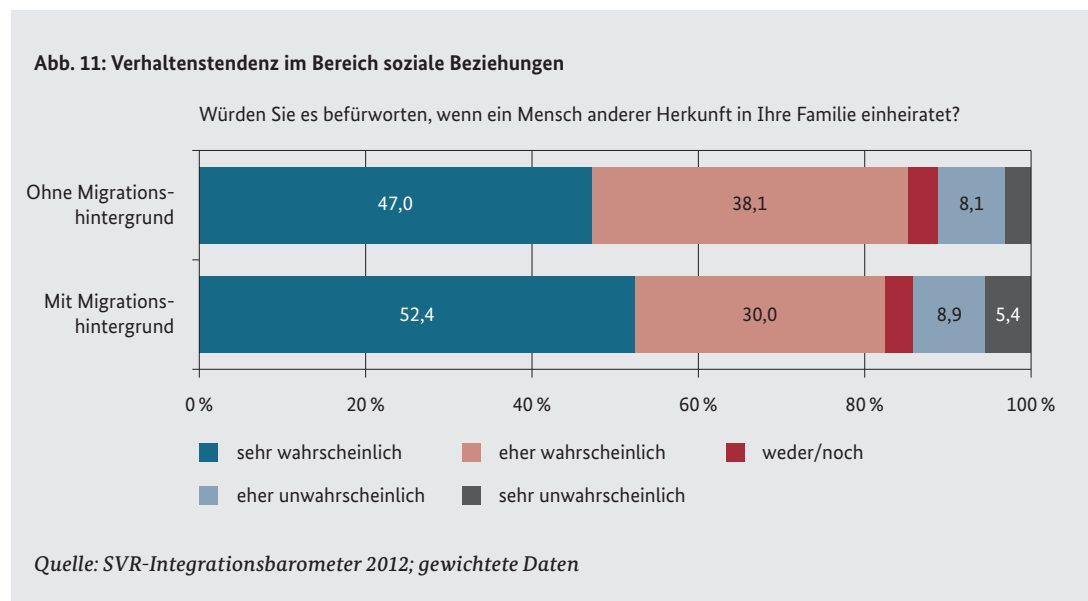
Bei Betrachtung verschiedener Einflussfaktoren zeigt sich, dass das Einkommen Einfluss darauf hat, für wie wahrscheinlich es die Befragten halten, in einem Unternehmen mit heterogener Belegschaft zu arbeiten. Mit höherem Einkommen können es sich Personen ohne Migrationshintergrund eher vorstellen, in einem Unternehmen mit Kolleginnen und Kollegen unterschiedlicher Herkunft zu arbeiten. Die Religionszugehörigkeit hat darauf hingegen keinen Einfluss.

Die hohe Zustimmung zu Heterogenität am Arbeitsplatz kann mit der Debatte über Vielfalt als gesellschaftliche und wirtschaftliche Chance zusammenhängen. Obgleich im internationalen Vergleich erst recht spät und in eher geringem Ausmaß, so verschreiben sich deutsche Unternehmen zunehmend einem aktiven Diversity Management. Ziel ist hierbei, vorhandene Unterschiede und Gemeinsamkeiten in einer Organisation zum Vorteil aller zu nutzen und wertzuschätzen. Ausdruck dieses Perspektivenwechsels von einem defizit- hin zu einem ressourcenorientierten Ansatz in der Arbeitswelt ist in Deutschland beispielsweise die „Charta der Vielfalt“, eine Unter-

nehmensinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen, die von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration unterstützt und von der Bundeskanzlerin als Schirmherrin begleitet wird. Positive Auswirkungen kann ein solches Bekenntnis natürlich nur entfalten, wenn es ernst gemeint ist und nicht nur zur Imagepflege der Organisation dient. Diskutiert wird das Thema Diversity Management in jüngerer Zeit auch in der öffentlichen Verwaltung, die sich in ähnlicher Weise wie die Privatwirtschaft einen Gewinn durch entsprechende Konzepte verspricht. Bestrebungen, den Anteil von Personen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst zu erhöhen, sind vor diesem Hintergrund ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Allerdings zeigen die oben angeführten Ergebnisse, dass sich Zuwanderinnen und Zuwanderer im Bereich Arbeitsmarkt signifikant stärker benachteiligt fühlen. Das lässt insgesamt auf eine Diskrepanz zwischen genereller Befürwortung und tatsächlich gelebter und aktiv praktizierter Vielfalt am Arbeitsplatz schließen.

Soziale Beziehungen

Das Einheiraten von Personen anderer Herkunft in die eigene Familie wird überwiegend befürwortet. Während 47 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund dem Einheiraten einer Person anderer Herkunft „sehr wahrscheinlich“ und 38,1 Prozent „eher wahrscheinlich“ zustimmen, sind es bei Befragten mit Migrationshintergrund 52,4 bzw. 30 Prozent (Abb. 11).



Verschiedene Faktoren können die Einstellung zu Heterogenität in sozialen bzw. familiären Beziehungen beeinflussen. Erwartungsgemäß äußern sich Musliminnen und Muslime bei der Frage des Einheiratens kritischer.²⁰ Die geringere Befürwortung des Einheiratens eines Menschen anderer Herkunft bei Musliminnen und Muslimen liegt unter anderem auch daran, dass binationale Ehen in dieser Gruppe auch häufig interkonfessionelle Ehen bedeuten. Andererseits verdeutlicht die bundesweit repräsentative Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“, die im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz erstellt wurde, dass generell eine relativ geringe Abgrenzung von Musliminnen und Muslimen anderen religiösen Gruppen gegenüber besteht (Haug/Müssig/Stichs 2009: 277 ff.). So können sich laut der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ gut zwei Drittel der Befragten vorstellen, eine Person anderen Glaubens zu heiraten. Die Zustimmung zu einer interreligiösen Heirat der eigenen Kinder ist sogar noch größer, drei Viertel der Interviewten stehen dem offen gegenüber. Hier zeigt sich auch, dass die Zustimmungswerte steigen, wenn nicht nach der eigenen, sondern einer Heirat innerhalb der Familie allgemein gefragt wird. Dies muss bei der Interpretation der Ergebnisse der vorliegenden Erhebung, die nach dem Einheiraten einer Person anderer Herkunft in die Familie allgemein fragt, berücksichtigt werden.

Auch weitere soziokulturelle und -ökonomische Merkmale haben einen Einfluss auf die Einstellung gegenüber ethnischer Vielfalt in der eigenen Familie. So steigt die Offenheit gegenüber binationalen Ehen mit einem modernen Frauenbild. Je weniger Befragte von Frauen erwarten, dass diese ihre Karriere für die Familie aufgeben, desto aufgeschlossener sind sie auch ethnischer Vielfalt in ihrer Familie gegenüber. Diese Verhaltenstendenz deckt sich beispielsweise mit den Befunden einer Sinus-Milieu-Untersuchung, bei der die geringste Aufgeschlossenheit gegenüber fremden Menschen im traditionellen Milieu, bei „Konservativen“ und „Traditionsverwurzelten“ festgestellt wurde (Antidiskriminierungsstelle 2008: 51 ff.).

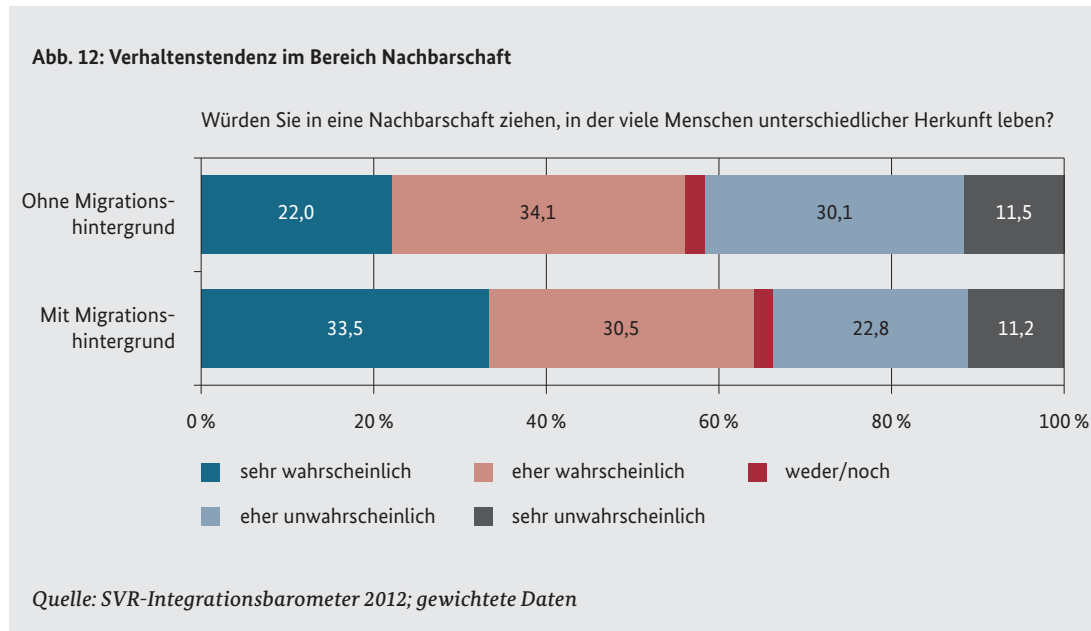
Darüber hinaus nimmt die Zustimmung zu binationalen Ehen mit steigendem Einkommen zu, was in der Regel auch mit einem höheren Bildungsniveau zusammenhängt. Hier spielt der soziale Status eine Rolle, der Bedrohungs- und somit Konkurrenzgefühle mindert und somit eher zu einer Aufgeschlossenheit gegenüber Menschen anderer Gruppen beiträgt. Personen mit Migrationshintergrund, die weniger religiös sind, befürworten eine Heterogenität in der Familie stärker. Schließlich stehen auch diejenigen Personen, die besser Deutsch sprechen, binationalen Ehen in der eigenen Familie offener gegenüber.

Nachbarschaft

Im Gegensatz zur hohen Zustimmung zu ethnischer Vielfalt am Arbeitsplatz und in sozialen Beziehungen wird ein Umzug in eine heterogene Nachbarschaft oder die Anmeldung des eigenen Kindes in einer Schule mit einem hohen Anteil von Kindern

20 Die Skepsis gegenüber einem Familienmitglied anderer ethnischer Herkunft ist bei türkischen Musliminnen und Muslimen etwas größer als bei muslimischen Mitgliedern der Gruppe Afrika/Asien/Lateinamerika.

aus Zuwandererfamilien verhaltener befürwortet.²¹ Nur 22 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund können es sich hypothetisch gut vorstellen, in eine Nachbarschaft zu ziehen, in der viele Personen unterschiedlicher Herkunft leben, 34,1 Prozent halten es immerhin für „eher wahrscheinlich“ (Abb. 12); bei der Zuwandererbevölkerung beträgt diese Zustimmung 33,5 bzw. 30,5 Prozent.

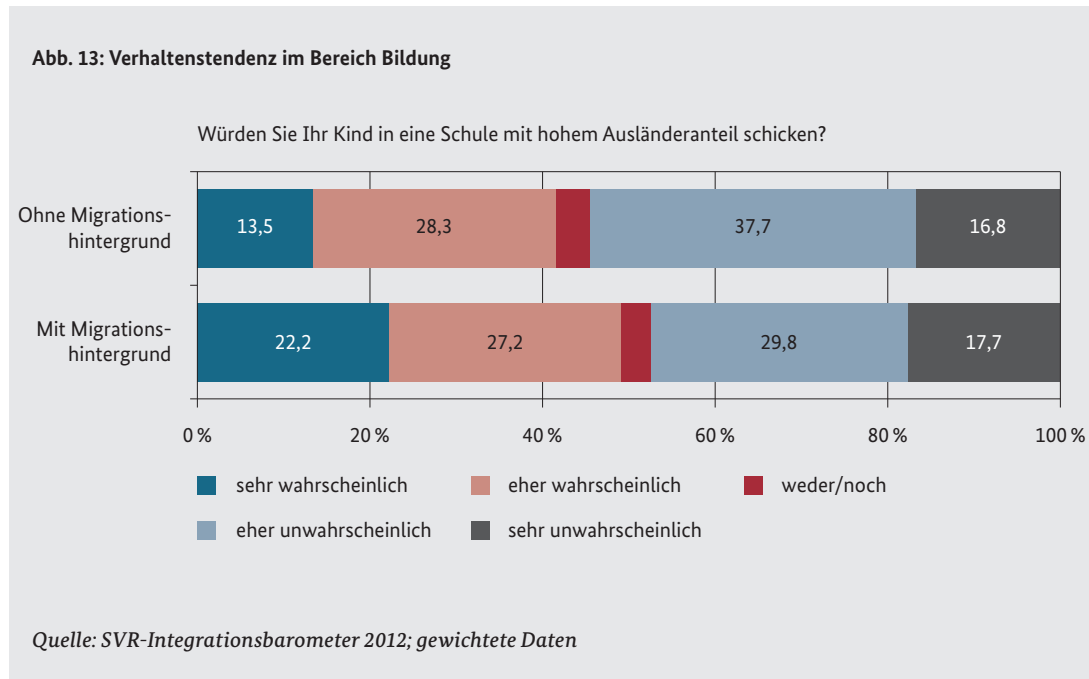


Betrachtet man die Verhaltenstendenzen in Abhängigkeit von der Siedlungsform, so zeigt sich, dass vor allem Personen ohne Migrationshintergrund, die am Stadtrand oder in ländlichen Siedlungsgebieten leben, einen Umzug in eine heterogene Nachbarschaft für unwahrscheinlich halten. Auch ältere Personen ohne Migrationshintergrund halten solch einen Umzug für signifikant unwahrscheinlicher als Jüngere und „Innenstädter“. Dies ist gleichzeitig auch Spiegel der realen Verhältnisse, d. h. einer geringeren Vermischung in außerstädtischen Wohnlagen und einer geringeren Umzugswahrscheinlichkeit mit steigendem Alter. Unterschiede in der Verhaltenstendenz zwischen Personen ohne Migrationshintergrund in den Befragungsgebieten in Ost- und Westdeutschland zeigen sich dagegen nicht. Befragte in Ostdeutschland stehen heterogenen Nachbarschaften nicht von vornherein ablehnender gegenüber als in Westdeutschland.

21 Diese Verhaltenstendenzen decken sich mit den Umfrageergebnissen des Projekts „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa“, in dessen Rahmen Personen aus acht europäischen Ländern gefragt wurden, ob sie Probleme damit hätten, in eine Gegend zu ziehen, in der viele Zugewanderte leben, und ob sie ihr Kind auf eine Schule schicken würden, in der die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler aus Zuwandererfamilien stammt (Zick/Küpper/Hövermann 2011: 134–135).

Bildungssystem

Bei der Schulwahl halten es nur 13,5 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund für „sehr wahrscheinlich“, ihr Kind auf eine Schule mit einem hohen Anteil von Kindern aus Zuwandererfamilien zu schicken. Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten hält dies für „eher“ oder „sehr unwahrscheinlich“. Bei Personen mit Migrationshintergrund zeigt sich ein ähnliches Muster, wobei der Anteil derjenigen, die ihr Kind „sehr wahrscheinlich“ auf eine Schule mit heterogener Schülerschaft schicken würden, höher ist (Abb. 13). Die Anteile steigen nicht – wie bei allen anderen Fragen zu Verhaltenstendenzen – mit einem höheren Bildungsniveau.

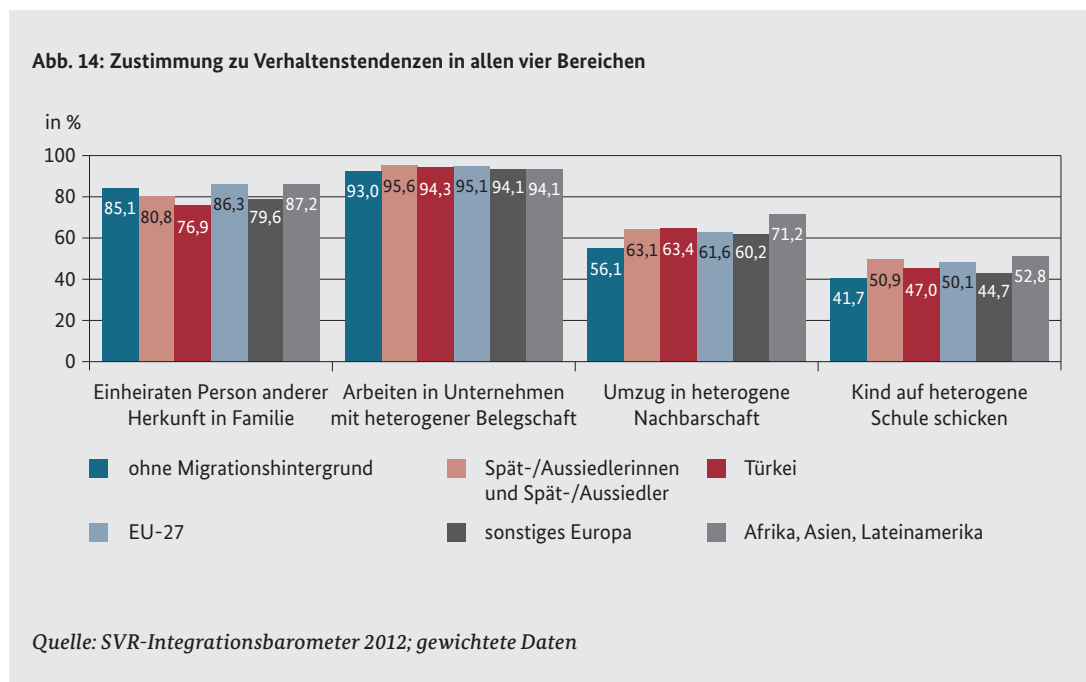


Personen mit Migrationshintergrund lehnen es mit steigendem Einkommen sogar eher ab, ihre Kinder auf Schulen mit einem hohen Anteil von Zuwandererkindern zu schicken. Insgesamt wird die Frage nach der Heterogenität im Bildungsbereich auch von Befragten, die selbst keine Kinder in Bildungseinrichtungen haben, genauso kritisch beantwortet wie von Eltern mit Schulkindern. In den Befragungsregionen in Ostdeutschland halten es jedoch Eltern mit Schulkindern für besonders unwahrscheinlich, ihre Kinder auf eine Schule mit hohem Zuwandereranteil zu schicken. Während dies in Halle-Leipzig vielleicht dadurch zu erklären ist, dass der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund sehr gering ist, ist es in Berlin als klarer Ausdruck eines Misstrauens in die Leistungsfähigkeit von Bildungseinrichtungen mit heterogener Schülerschaft zu werten. Dabei wurde bereits im SVR-Integrationsbarometer 2010 das Paradox dargestellt, dass die Befragten sogar über positive Erfahrungen im Bildungssystem verfügen und auch den Schulen nicht generell unterstellen, ihren Auftrag der Wissensvermittlung in heterogenen Klassen schlecht umzusetzen. Dennoch sind vor allem Befragte mit hohem Bildungsniveau zögerlicher, wenn es darum geht, ihre Kinder an Schulen mit heterogener Schülerschaft anzumelden (SVR 2010: 152). Diese Schulen sind nach wie vor mit dem Stigma einer eingeschränk-

ten Leistungsfähigkeit behaftet. Die Bekämpfung der wachsenden Segregation im Bildungswesen und die Verbesserung der Bildungsqualität an Schulen mit hohem Zuwandereranteil bleiben somit weiterhin eine zentrale Herausforderung des deutschen Bildungssystems (vgl. auch SVR 2010 und 2012).

Herkunftsgruppe: Personen ohne Migrationshintergrund skeptischer

Ein Vergleich der verschiedenen Gruppen zeigt, dass die Mehrheitsbevölkerung einer ethnischen Heterogenität größtenteils skeptischer gegenübersteht als die Zuwandererbevölkerung (Abb. 14).²² Die höchste Zustimmung zu Heterogenität in drei von vier erfragten Bereichen findet sich in der Gruppe Afrika/Asien/Lateinamerika. Zugleich berichtete diese Gruppe in den letzten zwölf Monaten am häufigsten von wahrgenommener Benachteiligung in verschiedenen Bereichen des Alltags (Abb. 5).



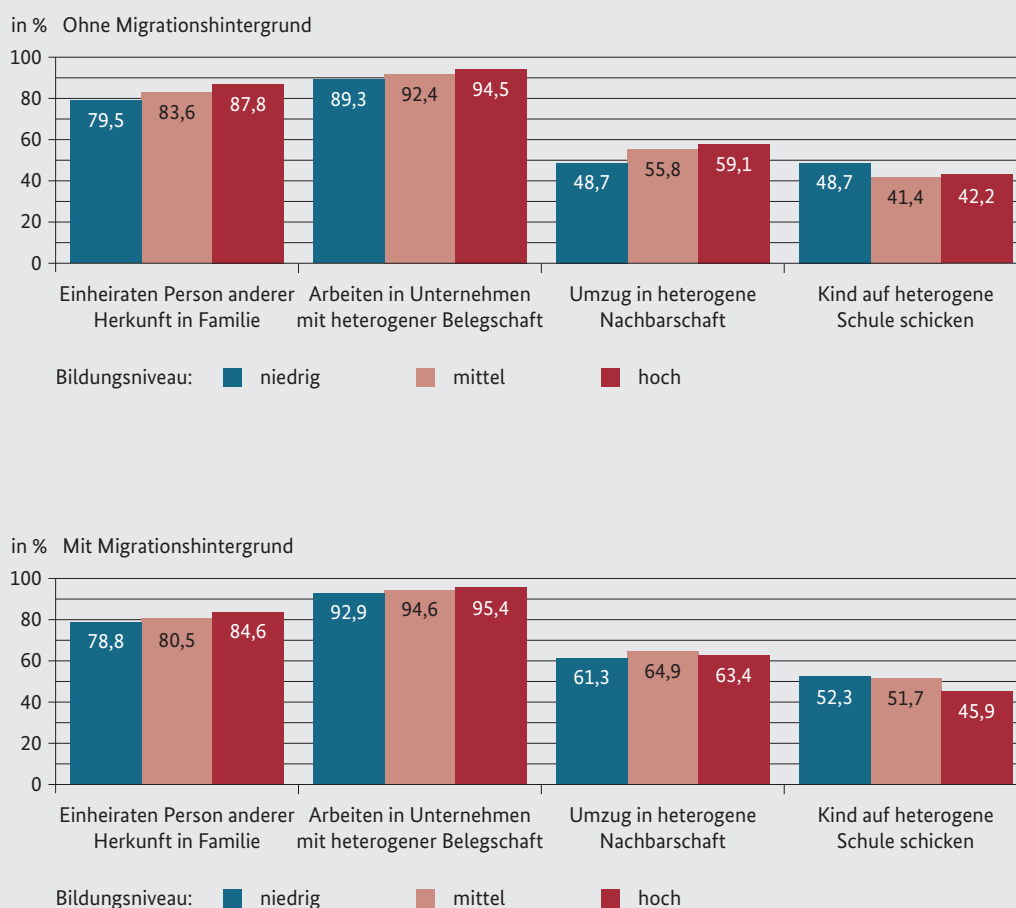
Bei Antworten zur Interaktion in gesellschaftlich heterogenen Zusammenhängen zeigen sich bei Personen ohne wie mit Migrationshintergrund ähnliche Muster: Heterogenität am Arbeitsplatz und in den sozialen Beziehungen wird von allen Gruppen stärker befürwortet als in der Nachbarschaft und im Bildungssystem. Die etwas geringere Befürwortung von Heterogenität in der Familie bei Befragten mit türkischem Migrationshintergrund kann mit bevorzugten innerethnischen und innerkonfessionellen Heiratsmustern erklärt werden, die sich auch in einer – im Vergleich mit anderen Herkunftsgruppen – geringeren Rate binationaler Ehen niederschlägt (SVR 2010: 117).

22 Zuwanderinnen und Zuwanderer beantworten hier nicht nur die Frage, ob sie sich vorstellen können mit Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung, sondern auch mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Herkunftsgruppen zusammenzuleben.

Mit steigendem Bildungsniveau: größere Offenheit für Heterogenität

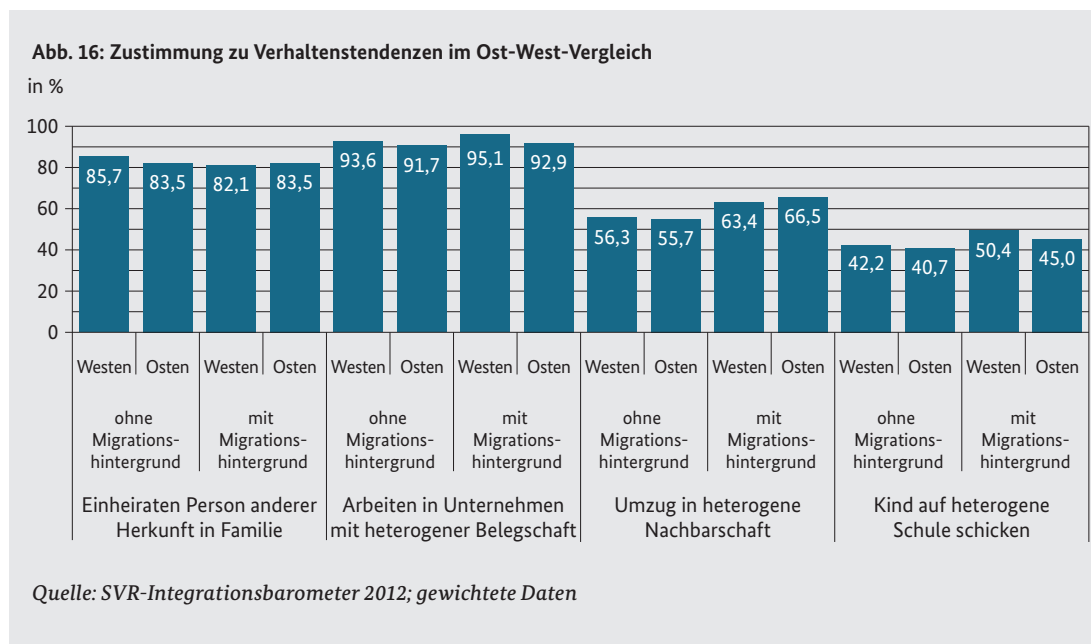
Das Bildungsniveau der Befragten beeinflusst auch unterschiedliche Verhaltenstendenzen in heterogenen Zusammenhängen. Mit höherem Bildungsniveau nimmt die Befürwortung von gesellschaftlicher Heterogenität aufseiten der Mehrheitsbevölkerung tendenziell zu, der Bildungsbereich bleibt dabei jedoch außen vor (Abb. 15). Bei der Zuwandererbevölkerung gilt dieses Muster nur bei den sozialen Beziehungen und auf dem Arbeitsmarkt, nicht aber für die Nachbarschaft und den Bildungsbereich. Hier herrscht über alle Bildungsniveaus hinweg Einigkeit bei der Einschätzung, dass das deutsche Bildungssystem es nicht schafft, eine überzeugende Antwort auf die Herausforderungen heterogener Schülerschaften zu geben. Dementsprechend gering ist die Bereitschaft, sein Kind auf eine solche Schule zu schicken.

Abb. 15: Zustimmung zu Verhaltenstendenzen im Vergleich nach Bildungsniveau



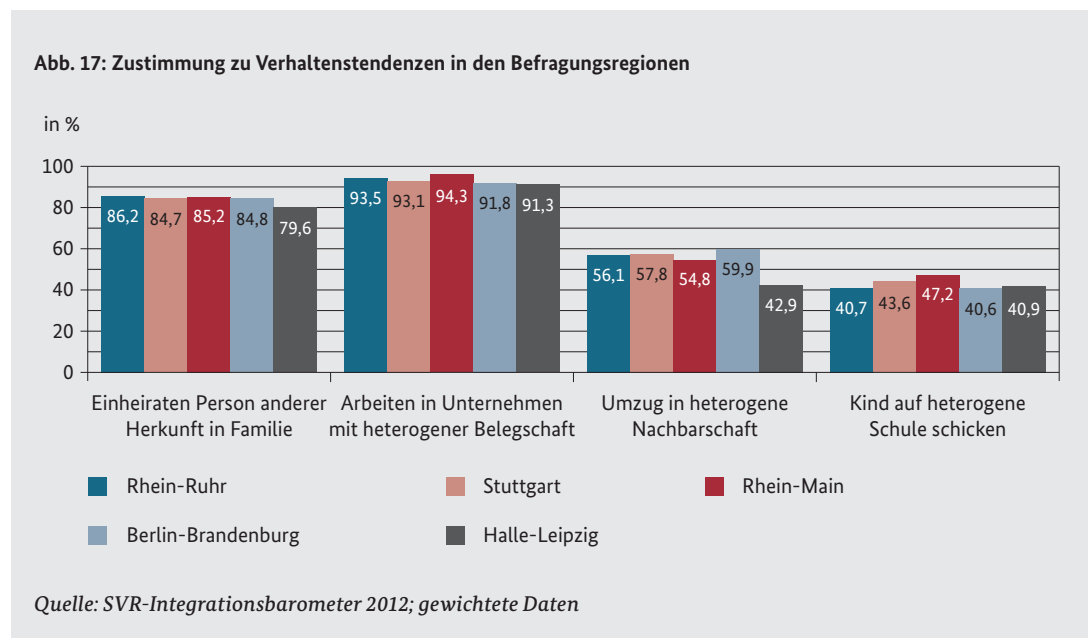
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2012; gewichtete Daten

Andere Faktoren wie das Geschlecht der Befragten oder die Zuwanderergeneration haben keinen signifikanten Einfluss auf die Verhaltenstendenzen in den vier betrachteten Bereichen. Auch beim Ost-West-Vergleich der Befragungsregionen lassen sich keine statistisch signifikanten innerdeutschen Unterschiede feststellen, auch wenn tendenziell die Zustimmung zu Heterogenität in den vier Bereichen in den ostdeutschen Befragungsregionen bei Personen ohne Migrationshintergrund etwas verhaltener ausfällt (Abb. 16). Dieser geringe Unterschied überrascht angesichts der stärkeren Verbreitung ausländerfeindlicher Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern (Asbrock et al. 2012: 208, Decker et al. 2010: 77 ff., Klein/Heitmeyer 2009: 16). Dennoch sind die Integrationserwartungen an Zugewanderte ähnlich, wie Ergebnisse des ALLBUS zeigen (Worbs 2008: 39).



Ein differenzierter Blick auf die einzelnen Befragungsregionen zeigt, dass Befragte aus der Region Halle-Leipzig im Vergleich zu anderen Befragungsregionen eine ethnisch heterogene Gesellschaft vor allem in zwei Bereichen skeptischer beurteilen (Abb. 17). Dabei weist die Region Halle-Leipzig die geringste Zuwandererdichte unter den Befragungsregionen auf. Vor allem in der Frage eines Umzugs in heterogene Nachbarschaften zeigt sich bei den Verhaltenstendenzen hier eine nur verhaltene Befürwortung von Heterogenität. Dies kann Ausdruck der real existierenden wohnräumlichen Umstände sein, die es unwahrscheinlicher machen, dass Personen in Halle-Leipzig in heterogene Nachbarschaften ziehen. Das Ergebnis kann aber auch Ausdruck eines Ressentiment sein.

Im Rahmen des Projekts Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) wird zur Erklärung des Ost-West-Unterschieds in Bezug auf Vorurteile die geringe Kontaktdichte in Ostdeutschland herangezogen (Asbrock et al. 2012). Dieser Überlegung liegt die, heute zum Teil umstrittene, sog. Kontakthypothese zugrunde, die davon ausgeht, dass Kontakterfahrungen Abwehrhaltungen zwischen Gruppen reduzieren und Vorurteile abbauen können (Pettigrew/Tropp 2006).²³ Eine geringere Zustimmung zu ethnischer Heterogenität ließe sich demnach mit geringen eigenen Erfahrungen erklären. Sie kann aber auch Ausdruck des umgekehrten Zusammenhangs sein, weil Personen, die Heterogenität ablehnen, den Kontakt zu anderen ethnischen Gruppen vermeiden. Diese Überlegungen kommen auch beim Stadt-Land-Unterschied zur Geltung. Personen, die in innerstädtischen Bereichen wohnen, halten es für wahrscheinlicher, dass sie selbst (bzw. im Bildungssystem ihr Kind) in allen Bereichen mit Menschen anderer Herkunft interagieren. Hier ist ebenso unklar, ob dies Ausdruck der realen Verhältnisse oder vielmehr einer selbstselektiven Mobilität ist, wonach Personen, die Interaktion befürworten, auch dort wohnen bzw. hinziehen, wo sie täglich stattfindet.



23 Zur Kritik an der Kontakthypothese siehe beispielsweise Stürmer (2008).

Zwischenfazit: Akzeptanz gesellschaftlicher Heterogenität hoch, Mehrheitsbevölkerung etwas skeptischer als Zuwandererbevölkerung

In den vier erhobenen Dimensionen des Zusammenlebens ist die Befürwortung von Heterogenität am Arbeitsplatz am größten; hier wird ein heterogenes Umfeld von allen Befragten eher akzeptiert als im Bildungssystem. Die Mehrheitsbevölkerung hat insgesamt etwas größere Schwierigkeiten, sich auf heterogene Zusammenhänge einzulassen, als die Zuwandererbevölkerung. Einen signifikanten Unterschied zwischen den ost- und westdeutschen Befragungsregionen gibt es hier nicht.

Die Fragen nach der Verhaltenstendenz in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen können durch das Phänomen der sozialen Erwünschtheit beeinflusst werden (Infobox 2). Daher wurden diese Fragen daraufhin kontrolliert. Das Ergebnis zeigt mit einer Ausnahme keine signifikante Verzerrung der untersuchten Fragestellungen: Lediglich bei Personen mit Migrationshintergrund ist die Zustimmung zu heterogenen Arbeitsplätzen durch sozial erwünschtes Antwortverhalten verzerrt.

C.

Generalisiertes Misstrauen

Vertrauen ist eine wichtige Grundlage von und Ressource für Demokratien und konstitutiv für das friedliche Zusammenleben in pluralen Gesellschaften. Umgekehrt kann generalisiertes Misstrauen den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft gefährden, Konflikte schüren und Ungleichbehandlungen begünstigen. Die Auswirkungen kultureller Vielfalt auf den sozialen Zusammenhalt werden also durch Vertrauen bzw. Misstrauen in der Einwanderungsgesellschaft mitbestimmt. Vor diesem Hintergrund wird in diesem Abschnitt analysiert, wer wem mit einem generalisiertem Misstrauen begegnet und damit, wo Benachteiligungspotenzial lokalisiert werden kann. In der bisherigen Forschung wurden nur selten Vorurteile von Personen mit Migrationshintergrund gegenüber anderen ethnischen Gruppen erhoben. Im Folgenden werden deshalb sowohl die Misstrauensräume zwischen Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung als auch diejenigen zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen der Zuwandererbevolkerung in den Blick genommen. Gefragt wurde nach dem Ausmaß des Vertrauens gegenüber verschiedenen Gruppen, wobei den Befragten die Antwortkategorien „gar nicht“, „eher nicht“, „teils/teils“, „eher“ und „voll und ganz“ zur Verfügung standen (Tabellenanhang 5). In Anlehnung an die Vertrauensforschung wird von einem Vertrauenskontinuum ausgegangen, dessen Pole Vertrauen und Misstrauen darstellen. Hierbei ist zwischen generalisiertem und spezifischem Vertrauen bzw. Misstrauen zu unterscheiden (Rotter 1981). Während sich spezifisches Misstrauen auf Erfahrungen in konkreten Situationen bzw. auf konkrete Personen bezieht, entwickelt sich generalisiertes Misstrauen langfristig, basierend auf allgemeinen Erwartungen, die sich auf eine Vielzahl ähnlicher Situationen stützen. Im Mittelpunkt der Studie steht persönliches oder interpersonales Vertrauen und nicht das Vertrauen in Institutionen.

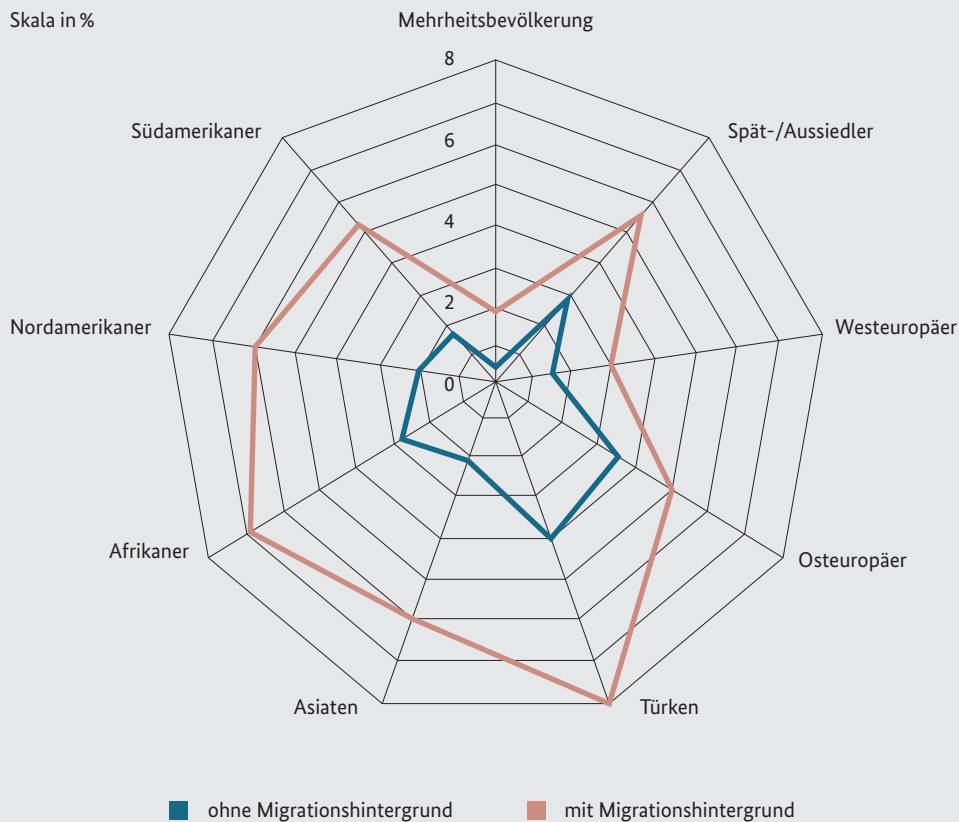
Migrationshintergrund: Zuwandererbevölkerung misstrauischer als Mehrheitsbevölkerung

Wie das SVR-Integrationsbarometer zeigt, ist das Niveau generalisierten Misstrauens allgemein niedrig, das heißt nur wenige Befragte vertrauen Angehörigen einer bestimmten Gruppe gar nicht (Abb. 18). Bei Personen ohne Migrationshintergrund beläuft sich das generalisierte Misstrauen auf 1 bis 4 Prozent, bei Personen mit Migrationshintergrund ist es mit 2 bis 8 Prozent etwa doppelt so hoch. Wenn auch die Antwortkategorie „eher nicht“ mit einbezogen wird, erhöhen sich die Werte auf 11 bis 25 Prozent bei Befragten ohne bzw. 8 bis 20 Prozent bei Befragten mit Migrationshintergrund. Bei Zugewanderten scheint generalisiertes Misstrauen somit ausgeprägter zu sein als bei der Mehrheitsbevölkerung. Die Misstrauensmuster hingegen, d. h. die unterschiedliche Ausprägung des Misstrauens gegenüber einzelnen Herkunftsgruppen, ähneln sich bei Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung.



Nur in der Vergrößerung ist zu erkennen, gegenüber welchen Gruppen generalisiertes Misstrauen höher ausfällt (Abb. 19): Personen mit Migrationshintergrund bringen Menschen türkischer und afrikanischer Herkunft mit 7,9 bzw. 6,8 Prozent das größte Misstrauen entgegen, die Mehrheitsbevölkerung zeigt vor allem gegenüber türkischen (3,7%) und osteuropäischen Personen (3,3%) generalisiertes Misstrauen. Am geringsten sind die Misstrauenswerte der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der eigenen Gruppe sowie gegenüber Personen aus Westeuropa und Asien. Ähnlich gering ist das Misstrauen von Personen mit Migrationshintergrund gegenüber Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung und gegenüber Personen aus Westeuropa. Dabei sind die Ergebnisse der Befragten mit Migrationshintergrund gegenüber der Mehrheitsbevölkerung durch sozial erwünschtes Antwortverhalten beeinflusst (Infobox 2). Zudem muss bei der Interpretation der Ergebnisse die tatsächliche und wahrgenommene Heterogenität verschiedener Zuwanderergruppen berücksichtigt werden. In Polen geborene Personen zum Beispiel wurden im SVR-Integrationsbarometer der Gruppe EU-27 zugeordnet, wenn sie oder mindestens ein Elternteil polnischer Herkunft sind, oder der Gruppe der Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler, wenn sie oder ein Elternteil als Aussiedler zugewandert sind. Zugleich können sie als Bezugspunkt des generalisierten Misstrauens als Osteuropäer, aber auch als Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler gemeint sein. Eine gesonderte Auswertung einzelner nationaler Herkunftsgruppen wäre – mit Ausnahme von Personen mit türkischer Herkunft – aufgrund geringer Fallzahlen nicht aussagekräftig.

Abb. 19: Generalisiertes Misstrauen in bestimmte Herkunftsgruppen (Ausschnitt)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2012; gewichtete Daten

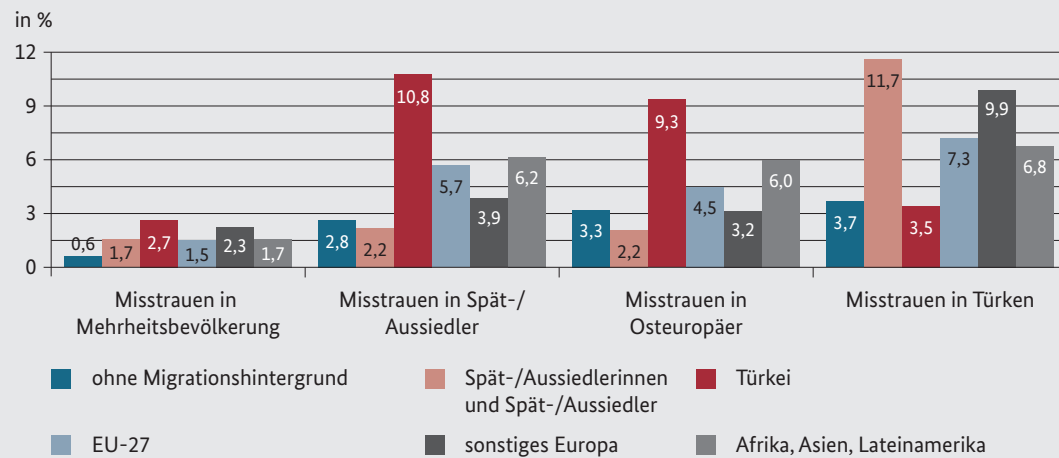
Herkunftsgruppe: Vorbehalte zwischen Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern und Zuwanderinnen und Zuwanderern türkischer Herkunft

Die relativ geringen durchschnittlichen Misstrauenswerte zeigen sich auch bei einer Betrachtung der verschiedenen Zuwanderergruppen. Auffallend ist allerdings das vergleichsweise hohe gegenseitige Misstrauen von Personen türkischer Herkunft und Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern (Abb. 20). Das generalisierte Misstrauen Zugewanderter mit türkischem Migrationshintergrund gegenüber Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern wie auch gegenüber der mit ihnen assoziierten osteuropäischen Gruppe ist stärker als gegenüber anderen Zuwanderergruppen. Umgekehrt ist auch das generalisierte Misstrauen, das Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler gegenüber Personen türkischer Herkunft zeigen, deutlich größer als das allen anderen Gruppen entgegengebrachte. In der wissenschaftlichen Literatur ist wenig bekannt über die wechselseitige Einstellung dieser beiden in Deutschland bevölkerungsstärksten Gruppen mit Migrationshintergrund, es deutet sich tendenziell aber ein distanzierteres Verhältnis an.²⁴ Auch die in dieser Erhebung zutage tretende Tendenz zu einem stärkeren generalisierten Misstrauen zwischen Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern und Personen türkischer Herkunft als zwischen anderen Gruppen deutet auf Konkurrenz um (knappe) Ressourcen, z. B. auf dem Arbeitsmarkt und um Anerkennung, hin. Allerdings muss dieser Befund mit Vorsicht interpretiert werden, da gerade diese Gruppen im Vergleich zu den anderen befragten Herkunftsgruppen homogen sind und sich damit unterschiedliche Meinungen weniger ausgleichen wie zum Beispiel in der Gruppe der EU-27 oder der besonders heterogenen Gruppe Afrika, Asien, Lateinamerika.

Die Gruppe der Zugewanderten aus den Staaten der EU-27, die aktuell die größte Zuwanderergruppe in Deutschland ist, weist im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung zwar höhere Misstrauenswerte gegenüber anderen Gruppen auf. Verglichen mit anderen Zuwanderergruppen fallen die Misstrauenswerte gegenüber anderen Herkunftsgruppen jedoch geringer aus. Am höchsten ist das Misstrauen der Zugewanderten aus EU-27-Staaten gegenüber Personen türkischer und asiatischer Herkunft sowie Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern.

24 Das Abgrenzungsverhalten zwischen Jugendlichen aus der Gruppe der Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler und Jugendlichen türkischer Herkunft dokumentiert beispielsweise Babka von Gostomski (2006).

Abb. 20: Generalisiertes Misstrauen ausgewählter Herkunftsgruppen



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2012; gewichtete Daten

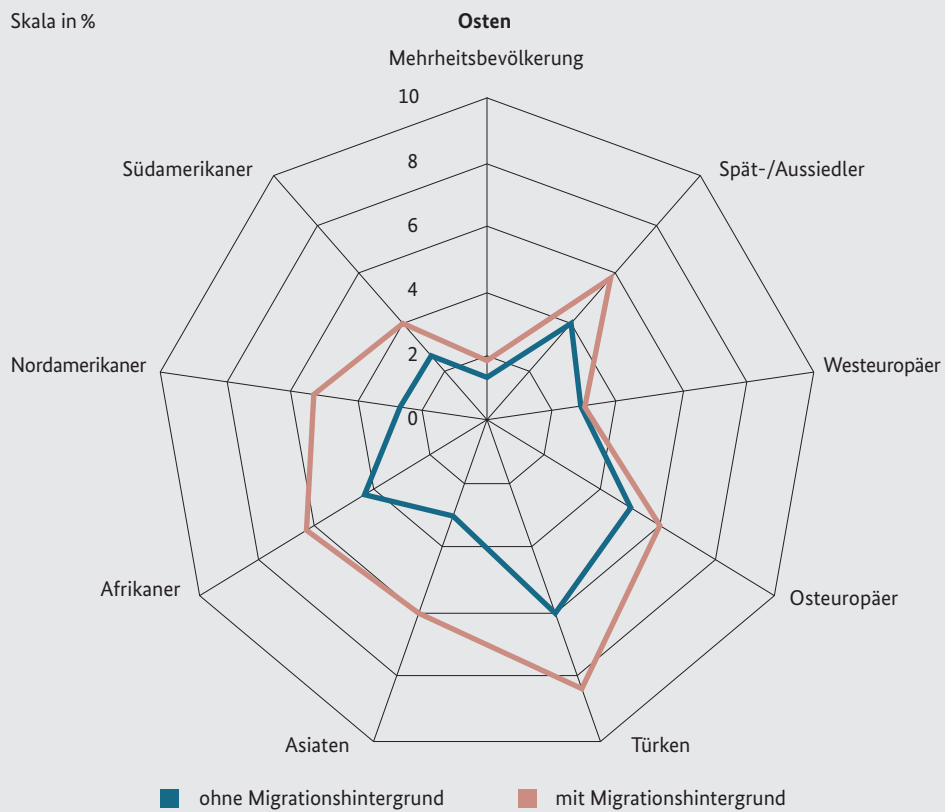
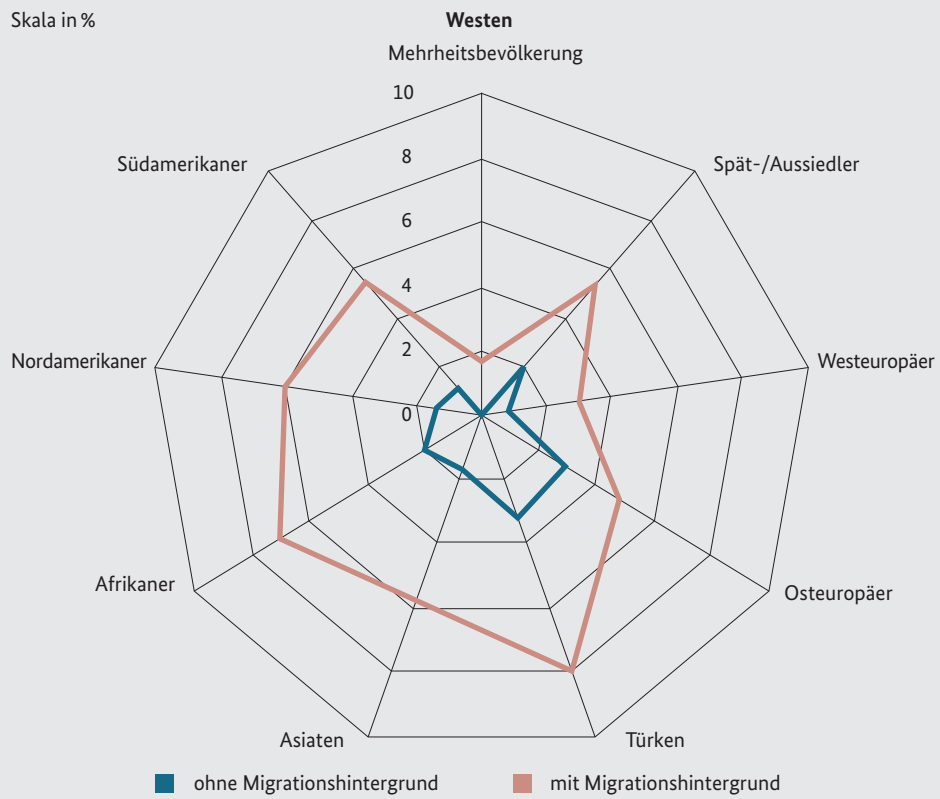
Ost-West-Vergleich: Mehrheitsbevölkerung in Ostdeutschland misstrauischer

Bei einem Vergleich der Befragten ohne Migrationshintergrund in den ost- und westdeutschen Befragungsregionen wird deutlich, dass Angehörige der Mehrheitsbevölkerung in Ostdeutschland allen Zuwanderergruppen weniger vertrauen. Sie sind in ihren Misstrauenswerten Personen mit Migrationshintergrund ähnlicher als der Mehrheitsbevölkerung im Westen. Hingegen ist der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund, die generalisiertes Misstrauen zeigen, in den ostdeutschen Befragungsregionen nur geringfügig höher als in den westdeutschen Regionen. Gegenüber Personen afrikanischer, süd- und nordamerikanischer Herkunft ist das Misstrauen der Zuwandererbevölkerung in den westdeutschen Befragungsgebieten höher als in den ostdeutschen. Das Misstrauen der Mehrheitsbevölkerung gegenüber Personen türkischer und osteuropäischer Herkunft ist in Ost- wie in Westdeutschland jeweils am stärksten (Abb. 21).

Die höheren Misstrauenswerte in den ostdeutschen Befragungsregionen korrespondieren mit Befunden des Projekts Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF). Das höhere Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit und Misstrauen in Ostdeutschland wird dabei durch soziale Dominanzorientierung und vor allem durch Autoritarismus erklärt (Zick/Hövermann/Krause 2012: 72 ff.). Autoritäre Einstellungen äußern sich in der Befürwortung von Disziplin, Gehorsam sowie einer auf Recht und Ordnung setzenden Grundhaltung; scheinbare Abweichungen und Verletzungen von Normen

sollen sanktioniert werden. Autoritäre Personen fühlen sich leichter durch andere Gruppen bedroht und entwickeln diesen gegenüber Misstrauen, sobald sie ihre Lebenssituation als unsicher wahrnehmen. Vier Einstellungsmuster wurden diesbezüglich im Rahmen des GMF-Surveys in Ostdeutschland häufiger angegeben als im Westen: eine stärkere Angst vor Arbeitslosigkeit, ein Gefühl der Machtlosigkeit in Politik und Gesellschaft, die Wahrnehmung, dass soziale Einbindung und stabile zwischenmenschliche Beziehungen zunehmend schwieriger herzustellen sind, sowie eine Zustimmung zu Law-and-Order-Parolen (Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer 2007).

Abb. 21: Generalisiertes Misstrauen in bestimmte Herkunftsgruppen im Ost-West-Vergleich



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2012; gewichtete Daten

Von der ersten zur zweiten Zuwanderergeneration: abnehmendes generalisiertes Misstrauen

Unterschiede können auch bei Personen mit Migrationshintergrund zwischen erster und zweiter Zuwanderergeneration beobachtet werden: Die zweite Generation misstraut Personen türkischer, asiatischer, afrikanischer, nord- und südamerikanischer Herkunft signifikant weniger als die erste Zuwanderergeneration, in der sich teilweise starke Vorbehalte gegenüber einzelnen Gruppen aus ihrer früheren Sozialisation erhalten haben. So überrascht es auch nicht, dass ein höheres Alter zum Zeitpunkt der Zuwanderung mit höheren Misstrauenswerten in Bezug auf diese fünf Bezugsgruppen korreliert. Bei Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern und der ost- sowie westeuropäischen Gruppe ist das Muster jedoch umgekehrt: Je älter jemand zum Zeitpunkt der Zuwanderung war, desto geringer ist das Misstrauen, weshalb hier auch kein Unterschied zwischen der ersten und zweiten Zuwanderergeneration zu finden ist. Das Alter spielt auch bei Personen ohne Migrationshintergrund eine Rolle. Mit höherem Alter ist das generalisierte Misstrauen gegenüber Personen mit türkischem, afrikanischem und asiatischem Migrationshintergrund sowie Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern ausgeprägter.

Sozioökonomische Faktoren: Bei höherer Bildung und höherem Einkommen sinkt das Misstrauen

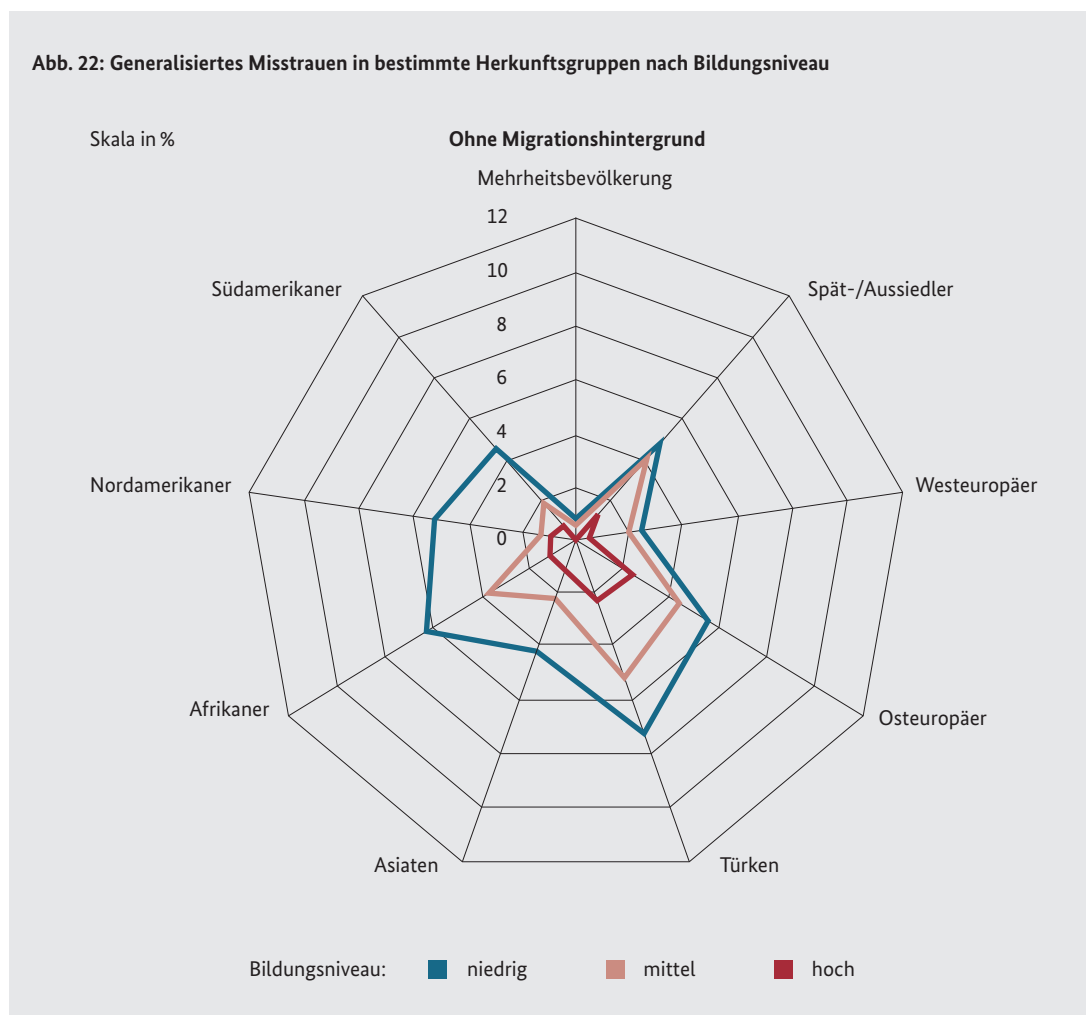
Sowohl in der Mehrheits- als auch in der Zuwandererbevolkerung erweist sich Bildung als Einflussfaktor auf das generalisierte Misstrauen: Personen mit höheren Bildungsabschlüssen sagen seltener, dass sie den verschiedenen Gruppen gar nicht vertrauen (Abb. 22).

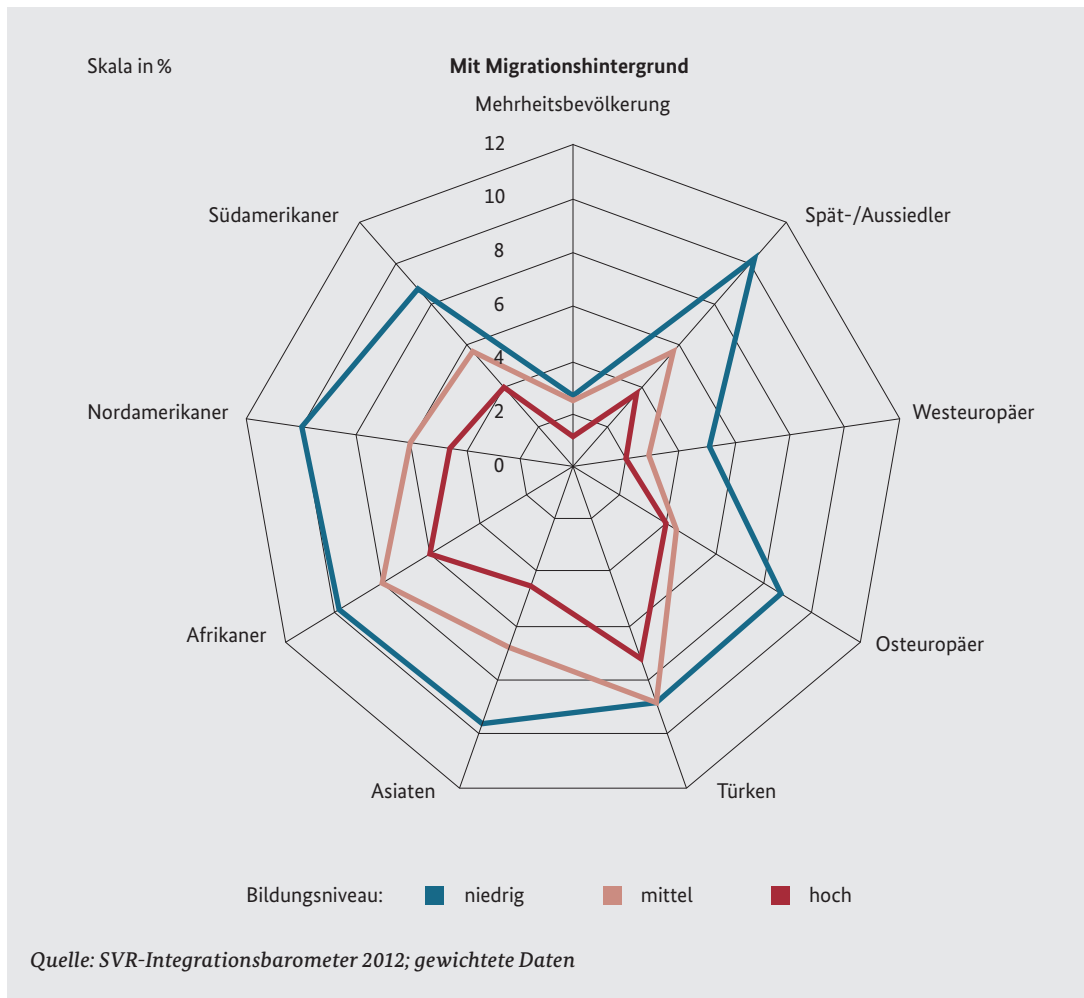
Bei Personen ohne Migrationshintergrund zeigt sich der Unterschied zwischen gering und höher Gebildeten am deutlichsten beim Misstrauen, das sie Personen mit türkischer und afrikanischer Herkunft entgegenbringen: Während 7,2 Prozent der Befragten ohne Schul- oder mit Hauptschulabschluss Personen mit türkischer Herkunft misstrauen, sind es bei den Personen mit Fach-/Abitur lediglich 2 Prozent. Personen mit Migrationshintergrund unterscheiden sich im Hinblick auf das Bildungsniveau vor allem im Ausmaß des generalisierten Misstrauens, das sie Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern gegenüber anführen.

Auch ein höheres Einkommen lässt generalisiertes Misstrauen bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund sinken. Analog zu den Befunden, die sich bei der Analyse der Verhaltenstendenzen zeigten, geht ein sicherer sozialer Status mit weniger Existenzängsten einher und mindert somit Bedrohungs- und Konkurrenzgefühle; dies wiederum wirkt eher vertrauensfördernd. Der oben beschriebene Unterschied zwischen den Misstrauenswerten in den ost- und westdeutschen Befragungsregionen lässt sich teilweise auch auf dieses Erklärungsmuster zurückführen. Generell ist festzustellen, dass die sozioökonomische Position einen wichtigen Bestimmungsfaktor für generalisiertes Vertrauen bzw. Misstrauen gegenüber anderen Gruppen darstellt.

Die Kontrolle weiterer Faktoren macht schließlich deutlich, dass das Geschlecht der Befragten keinen Einfluss auf das generalisierte Misstrauen hat. Eine differenzierte Betrachtung der Siedlungsform zeigt: Bewohnerinnen und Bewohner von Innenstädten ohne Migrationshintergrund sind weniger misstrauisch gegenüber Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern oder Personen mit westeuropäischem, türkischem und asiatischem Migrationshintergrund als die Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung, die am Stadtrand oder im ländlichen Raum wohnen. Im Sinne der Kontakthypothese kann dies darauf hinweisen, dass sich eine höhere Kontaktdichte in Innenstädten positiv auf den Abbau von Misstrauen auswirkt. Eine Rolle spielt auch die Religionszugehörigkeit: Bei christlichen Personen ohne Migrationshintergrund können geringere Misstrauenswerte beobachtet werden, bei Personen mit Migrationshintergrund zeigen Musliminnen und Muslime etwas stärker generalisiertes Misstrauen als Personen anderer Religionszugehörigkeit oder Bekenntnislose.

Abb. 22: Generalisiertes Misstrauen in bestimmte Herkunftsgruppen nach Bildungsniveau





Zwischenfazit: generalisiertes Misstrauen auf niedrigem Niveau, bei Personen mit Migrationshintergrund höher, ebenso bei Mehrheitsbevölkerung in Ostdeutschland

Generalisiertes Misstrauen ist nur auf niedrigem Niveau vorhanden, bei Personen mit Migrationshintergrund allerdings ausgeprägter als bei der Mehrheitsbevölkerung. Ein höheres Bildungsniveau sowie ein höheres Einkommen wirken sich positiv auf den Abbau von Misstrauen aus. Das höhere generalisierte Misstrauen zwischen einzelnen Zuwanderergruppen, das auf Konkurrenzverhältnisse – vor allem zwischen Personen türkischer Herkunft und Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern – hindeutet, bedarf weiterer Beobachtung. Sozial erwünschtes Antwortverhalten ist nur bei einer Frage relevant: Sowohl Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund antworten auf die Frage nach generalisiertem Misstrauen in die Mehrheitsbevölkerung sozial erwünscht, die Antworten sind daher leicht verzerrt. Es ändert sich jedoch nichts am Gesamtbild der hier vorgestellten Misstrauensverteilung.

D.

Zusammenfassung

Die Untersuchung der Benachteiligungserfahrungen, Handlungsabsichten und des generalisierten Misstrauens in der Einwanderungsgesellschaft zeigt insgesamt ein verhalten positives Bild. Die wahrgenommene Diskriminierung befindet sich auf niedrigem Niveau und zeigt keine systematische Diskrepanz zwischen ost- und westdeutschen Befragungsgebieten, weist aber deutliche (und auch erwartbare) Unterschiede zwischen Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung auf. Personen mit Migrationshintergrund fühlen sich in allen Bereichen doppelt so häufig benachteiligt, wobei die ethnische Herkunft, aber auch andere Merkmale wie etwa Geschlecht oder Religion sowie soziodemografische Faktoren eine Rolle spielen.

Inwieweit die wahrgenommene Benachteiligung von Personen anderer Herkunft mit einer auch nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) als Benachteiligung klassifizierbaren Situation zusammenhängt, kann hier nicht abschließend bestimmt werden. Es zeigt sich jedoch, dass die Wahrnehmung von Diskriminierung in einigen Bereichen größer ist als in anderen. Bereiche, in denen Benachteiligungen in Abhängigkeit von der Zahl der Befragten, die in diesem Lebensbereich Erfahrungen gemacht haben, besonders häufig angegeben werden, sind Bildung und Arbeit. In absoluten Zahlen werden von allen Befragten am häufigsten Diskriminierungserfahrungen bei Ämtern und Behörden, auf dem Arbeitsmarkt und in öffentlichen Transportmitteln genannt. Neben einer konsequenten Bekämpfung von Diskriminierung beim Zugang zum und auf dem Arbeitsmarkt sowie im Bildungswesen weisen die Befunde somit auf die Notwendigkeit hin, Ämter und Behörden in ihrer Kompetenz im Umgang mit ethnischer Vielfalt weiter zu schulen. Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Öffnung sollten dabei sowohl gezielte Fortbildungsmaßnahmen der Beschäftigten, eine kulturell und sprachlich plurale Zusammensetzung des Personals als auch mehrsprachige Informationsangebote umfassen.

Auch Schulen müssen die Herausforderung, mit wachsender Heterogenität umzugehen, bewältigen. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten stellt deren Leistungsfähigkeit bei wachsender Heterogenität infrage. Dies äußert sich darin, dass Befragte ihre Kinder nicht auf eine Schule mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern aus Zuwandererfamilien schicken wollen. Eher zurückhaltend wird auch die Frage beantwortet, ob ein Umzug in eine ethnisch heterogene Nachbarschaft infrage kommt. Ein geeignetes Instrument des Gegensteuerns kann im Einzelfall ein effektives Quartiersmanagement sein. Notwendig ist außerdem, der erlebten Benachteiligung

gung bei der Wohnungssuche entgegenzuwirken, da diese sich andernfalls in einer wohnräumlichen Segregation niederschlagen kann. Bei den sozialen Beziehungen und auf dem Arbeitsmarkt wird ethnische Vielfalt schon jetzt tendenziell positiv betrachtet.

Generalisiertes Misstrauen ist in der Zuwandererbevölkerung stärker ausgeprägt als in der Mehrheitsbevölkerung. Die Misstrauensverhältnisse zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen deuten auf wahrgenommene Konkurrenzverhältnisse hin. Solchen Vorbehalten muss in einer sich – aus vielen Gründen – diversifizierenden Gesellschaft begegnet werden. Erforderlich sind vertrauensfördernde Maßnahmen, die Vorurteile als Barrieren gesellschaftlicher Öffnung und Vielfalt bekämpfen, ebenso wie die chancengleiche Teilhabe an zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die zu wachsender sozialer Akzeptanz im gesellschaftlichen Zusammenleben beiträgt. Maßnahmen zur Bekämpfung von Benachteiligung dienen daher nicht nur dem Schutz betroffener Gruppen, sondern sind in einer Demokratie im gesamtgesellschaftlichen Interesse.

Anhänge

Abbildungen

Abb. 1	Benachteiligungserfahrungen nach Migrationshintergrund	11
Abb. 2	Befragte, die Benachteiligungen angaben – nach Lebensbereichen	13
Abb. 3	Zusammengefasste Benachteiligungserfahrungen im Ost-West-Vergleich	14
Abb. 4	Diskriminierungserleben im Ost-West-Vergleich nach Migrationshintergrund	15
Abb. 5	Benachteiligungserfahrungen in unterschiedlichen Bereichen nach Herkunftsgruppe	16
Abb. 6	Benachteiligungserfahrungen in den Bereichen nach Zuwanderergeneration	18
Abb. 7	Benachteiligungserfahrungen der Herkunftsgruppe Afrika, Asien, Lateinamerika nach Religionszugehörigkeit	19
Abb. 8	Benachteiligungserfahrungen nach Migrationshintergrund und Bildungsniveau	21
Abb. 9	Benachteiligungserfahrungen nach Migrationshintergrund und Alter	23
Abb. 10	Verhaltenstendenz im Bereich Arbeitsmarkt	27
Abb. 11	Verhaltenstendenz im Bereich soziale Beziehungen	28
Abb. 12	Verhaltenstendenz im Bereich Nachbarschaft	30
Abb. 13	Verhaltenstendenz im Bereich Bildung	31
Abb. 14	Zustimmung zu Verhaltenstendenzen in allen vier Bereichen	32
Abb. 15	Zustimmung zu Verhaltenstendenzen im Vergleich nach Bildungsniveau	33
Abb. 16	Zustimmung zu Verhaltenstendenzen im Ost-West-Vergleich	34
Abb. 17	Zustimmung zu Verhaltenstendenzen in den Befragungsregionen	35
Abb. 18	Generalisiertes Misstrauen in bestimmte Herkunftsgruppen	38
Abb. 19	Generalisiertes Misstrauen in bestimmte Herkunftsgruppen (Ausschnitt)	39
Abb. 20	Generalisiertes Misstrauen ausgewählter Herkunftsgruppen	41
Abb. 21	Generalisiertes Misstrauen in bestimmte Herkunftsgruppen im Ost-West-Vergleich	43
Abb. 22	Generalisiertes Misstrauen in bestimmte Herkunftsgruppen nach Bildungsniveau	45 f.

Infoboxen

Infobox 1: Das SVR-Integrationsbarometer	8
Infobox 2: Soziale Erwünschtheit	25

Literatur

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) 2008: Diskriminierung im Alltag. Wahrnehmung von Diskriminierung und Diskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von Sinus Sociovision für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Heidelberg. (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/forschungsprojekt_diskriminierung_im_alltag.pdf?__blob=publicationFile, 24.04.2012)

Ante, Christine 2010: Auswirkungen des Strukturwandels und der demografischen Entwicklung auf die Berufsausbildung in Mecklenburg-Vorpommern und abzuleitende Handlungsspielräume für die Landespolitik, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern.

Asbrock, Frank et al. 2012: Kontakt hilft – auch wenn die Politik es nicht immer leicht macht, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt am Main, 199–219.

Ausländerbeauftragter der Landesregierung Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2002: Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern, Magdeburg.

Babka von Gostomski, Christian 2006: In Vorurteilen gegenüber türkischen Jugendlichen vereint? Eine desintegrationstheoretisch geleitete Längsschnittanalyse zur Entwicklung von Einstellungen gegenüber türkischen Jugendlichen bei Jugendlichen deutscher Herkunft und Aussiedler-Jugendlichen mit Daten des IKG-Jugendpanels 2001–2003, Dissertation.

Babka von Gostomski, Christian/Küpper, Beate/Heitmeyer, Wilhelm 2007: Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt am Main, 102–128.

BAMF 2010: Basisbericht: Berichtsband. Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM). Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. (http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Sonstige/forschungsbericht-008-basisbericht-berichtsband.pdf?__blob=publicationFile, 24.04.2012)

Bertelsmann Stiftung 2009: Zuwanderer in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Menschen mit Migrationshintergrund, Gütersloh. (http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/7405_Zuwanderer.pdf, 24.04.2012)

BMI 2010: Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin.

Brettfeld, Katrin/Wetzels, Peter 2007: Muslime in Deutschland – Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt, Bundesministerium des Innern/Universität Hamburg.

Bundesregierung 2008: Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.

Crowne, Douglas P./Marlowe, David 1964: The approval motive. Studies in evaluated dependence, New York.

Decker, Oliver et al. 2010: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin.

Europäische Kommission 2009: Eurobarometer Spezial 317. Diskriminierung in der EU im Jahr 2009. (http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_317_de.pdf, 24.04.2012)

Färber, Christine et al. 2008: Migration, Geschlecht und Arbeit. Probleme und Potentiale von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt, Opladen/Farmington Hills.

Fundamental Rights Agency (FRA) 2011: EU-MIDIS Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung. Bericht über die wichtigsten Ergebnisse. Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, Luxemburg.

Fundamental Rights Agency (FRA) 2009: Daten kurz gefasst. Muslime (EU-MIDIS), Wien. (http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/EU-MIDIS_MUSLIMS_DE.pdf, 24.04.2012)

Haug, Sonja/Müssig, Stephanie/Stichs, Anja 2009: Muslimisches Leben in Deutschland. Studie im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.

Heitmeyer, Wilhelm 2012: Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt am Main.

Holzleithner, Elisabeth 2010: Mehrfachdiskriminierung im europäischen Rechtsdiskurs, in: Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (Hrsg.): Diskriminierung, 95–113.

Kaas, Leo/Manger, Christian 2010: Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market: A Field Experiment, IZA Discussion Paper No. 4741, Bonn.

Klein, Anna/Heitmeyer, Wilhelm 2009: Ost-westdeutsche Integrationsbilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Deutschland seit 1990. APuZ 28/2009.

Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli/Sauer, Birgit (Hrsg.) 2007: Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität. Frankfurt/New York.

Makkonen, Timo 2007: Die Bemessung von Diskriminierung. Datenerhebung und EU-Rechtsvorschriften zur Gleichstellung, Luxemburg.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg 2009: Zuwanderung und Integration im Land Brandenburg. Bericht der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg, Potsdam.

Open Society Institute (OSI) 2010: Muslime in Berlin. At Home in Europe Project, Open Society Institute. New York, London, Budapest.

Paulhus, Delroy L. 1984: Two-component models of social desirability responding, in: Journal of Personality and Social Psychology, 46, 598–609.

Peucker, Mario 2010a: Arbeitsmarktdiskriminierung von MigrantInnen – Zwischenstrukturellen Barrieren und interpersoneller Ausgrenzung, in: Rassismus & Diskriminierung in Deutschland. Dossier, Heinrich Böll Stiftung, Berlin, 38–44.
(http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_2493.asp, 24.04.2012)

Peucker, Mario 2010b: Diskriminierung aufgrund der islamischen Religionszugehörigkeit im Kontext Arbeitsleben – Erkenntnisse, Fragen und Handlungsempfehlungen. Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung und Handlungsempfehlungen, Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Berlin.

Planerladen e. V. 2009: Ungleichbehandlung von Migranten auf dem Wohnungsmarkt. Ergebnisse eines telefonischen „Paired Ethnic Testings“ bei regionalen Immobilienanzeigen, Dortmund.

Rotter, Julian 1981: Vertrauen – Das kleinere Risiko, in: Psychologie Heute 3: 23–29.

Salentin, Kurt 2008: Diskriminierungserfahrungen ethnischer Minderheiten in der Bundesrepublik, in: Groenemeyer, Axel/Wieseler, Silvia (Hrsg.): Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Realitäten, Repräsentationen und Politik, Wiesbaden, 515–526.

Sauer, Martina 2010: Partizipation und Engagement türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der elften Mehrthemenbefragung 2010, Zentrum für Türkeistudien, Essen.

Schütz, Heidi/Six, Bernd 1996: How strong is the relationship between prejudice and discrimination? A meta-analytic answer, in: International Journal of Intercultural Relations 20 (3/4), 441–462.

Stern, Tobias/Reinecke, Melke/Raetzell, Lennart 2008: Integration von Zuwanderern im Freistaat Sachsen – Situationsbeschreibung und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Integrationsmaßnahmen. Studie im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Rambøll-Management, Berlin.

Stocké, Volker 2004: Entstehungsbedingungen von Antwortverzerrungen durch soziale Erwünschtheit, in: Zeitschrift für Soziologie, 33, 303–320.

SVR-Forschungsbereich 2012: Mobile Talente? Ein Vergleich der Bleibeabsichten internationaler Studierender in fünf Staaten der Europäischen Union. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH, Berlin.

SVR 2011: Die Visitenkarte einer Stadt? Ausländerbehörden und ihr Angebot für Hochqualifizierte Migranten. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH, Berlin.

SVR 2010: Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH, Berlin.

SVR 2012: Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH, Berlin.

Stürmer, Stefan 2008: Die Kontakthypothese, in: Petersen, Lars-Eric/Six, Bernd (Hrsg.): Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung: Theorien, Befunde und Interventionen, Weinheim, 283–291.

Sykes, Brooke 2012: Welcome home? The post-study migration decisions of international students – Who stays, who goes, and why? Präsentation auf der DSW-Fachtagung, 24. Januar 2012.

Winkler, Niels/Kroh, Martin/Spiess, Martin 2006: Entwicklung einer deutschen Kurzskaala zur zweidimensionalen Messung von sozialer Erwünschtheit. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Worbs, Susanne 2008: Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Working Paper 17 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.

Wrench, John 2007: Diversity Management and Discrimination. Immigrants and ethnic Minorities in the EU, Aldershot.

Zick, Andreas/Hövermann, Andreas/Krause, Daniela 2012: Die Abwertung von Ungleichwertigen, Erklärungen und Prüfungen eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt am Main, 64–86.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas 2011: Die Abwertung der Anderen: eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin. (<http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf>, 24.04.2012)

Zick, Andreas/Wolf, Carina/Küpper, Beate 2010: Social status and anti-immigrant attitudes in Europe: An examination from the perspective of social dominance theory, in: International Journal of Conflict and Violence, 4: 205-219.

Tabellenanhang 2

Fragen Verhaltenstendenzen

Ich werde Ihnen nun verschiedene Fragen vorlesen und möchte gern wissen, wie Sie sich in den folgenden Situationen verhalten würden.					
Sagen Sie bitte jeweils, ob es sehr wahrscheinlich, eher wahrscheinlich, [Int: nicht vorlesen: weder/noch], eher unwahrscheinlich oder sehr unwahrscheinlich ist, dass Sie entsprechend handeln würden.					
(Int: Alle Fragen an alle!)					
	Sehr wahrscheinlich	Eher wahrscheinlich	Weder/noch	Eher unwahrscheinlich	Sehr unwahrscheinlich
Würden Sie in eine Nachbarschaft ziehen, in der viele Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft leben?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Würden Sie Ihr Kind an einer Schule mit hohem Migrantanteil anmelden?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Würden Sie es befürworten, wenn ein Mensch anderer Herkunft in Ihre Familie einheiratet?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Würden Sie in einem Unternehmen arbeiten, in dem viele Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft beschäftigt sind?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Tabellenanhang 3

Fragen soziale Erwünschtheit

Nehmen Sie bitte zu den folgenden menschlichen Verhaltensweisen Stellung. Was würden Sie sagen: Inwieweit trifft der jeweilige Satz auf Sie persönlich zu?							
Mein erster Eindruck von Menschen stellt sich gewöhnlich als richtig heraus.	Trifft überhaupt nicht zu <input type="checkbox"/>	Trifft nicht zu <input type="checkbox"/>	Trifft eher nicht zu <input type="checkbox"/>	Weder/ noch <input type="checkbox"/>	Trifft eher zu <input type="checkbox"/>	Trifft zu <input type="checkbox"/>	Trifft voll und ganz zu <input type="checkbox"/>
Ich bin mir oft unsicher in meinem Urteil.	Trifft überhaupt nicht zu <input type="checkbox"/>	Trifft nicht zu <input type="checkbox"/>	Trifft eher nicht zu <input type="checkbox"/>	Weder/ noch <input type="checkbox"/>	Trifft eher zu <input type="checkbox"/>	Trifft zu <input type="checkbox"/>	Trifft voll und ganz zu <input type="checkbox"/>
Ich weiß immer genau, wieso ich etwas mag.	Trifft überhaupt nicht zu <input type="checkbox"/>	Trifft nicht zu <input type="checkbox"/>	Trifft eher nicht zu <input type="checkbox"/>	Weder/ noch <input type="checkbox"/>	Trifft eher zu <input type="checkbox"/>	Trifft zu <input type="checkbox"/>	Trifft voll und ganz zu <input type="checkbox"/>
Ich habe schon mal zuviel Wechselgeld zurückbekommen und nichts gesagt.	Trifft überhaupt nicht zu <input type="checkbox"/>	Trifft nicht zu <input type="checkbox"/>	Trifft eher nicht zu <input type="checkbox"/>	Weder/ noch <input type="checkbox"/>	Trifft eher zu <input type="checkbox"/>	Trifft zu <input type="checkbox"/>	Trifft voll und ganz zu <input type="checkbox"/>
Ich bin immer ehrlich zu Anderen.	Trifft überhaupt nicht zu <input type="checkbox"/>	Trifft nicht zu <input type="checkbox"/>	Trifft eher nicht zu <input type="checkbox"/>	Weder/ noch <input type="checkbox"/>	Trifft eher zu <input type="checkbox"/>	Trifft zu <input type="checkbox"/>	Trifft voll und ganz zu <input type="checkbox"/>
Ich habe gelegentlich mal jemanden ausgenutzt.	Trifft überhaupt nicht zu <input type="checkbox"/>	Trifft nicht zu <input type="checkbox"/>	Trifft eher nicht zu <input type="checkbox"/>	Weder/ noch <input type="checkbox"/>	Trifft eher zu <input type="checkbox"/>	Trifft zu <input type="checkbox"/>	Trifft voll und ganz zu <input type="checkbox"/>

Tabellenanhang 4

Tabelle soziale Erwünschtheit

Typ	Absolute Zahl	In Prozent
Keine Täuschungstendenz	4.075	43,9
Selbsttäuschung	877	9,5
Fremdtäuschung	2.714	29,3
Selbst- und Fremdtäuschung	1.150	12,4
Gesamt	8.816	95,1
System	457	4,9
Gesamt	9.273	100,0

Tabellenanhang 5

Fragen generalisiertes Misstrauen

<p>Ich möchte Ihnen im Folgenden einige Fragen zu den in Deutschland lebenden Angehörigen verschiedener Gruppen stellen.</p> <p>Können Sie mir für die in Deutschland lebenden Menschen der folgenden Gruppen sagen, wie sehr Sie diesen vertrauen? Vertrauen Sie diesen voll und ganz, eher, [Int: nicht vorlesen: teils/teils], eher nicht oder gar nicht?</p>					
Wie sehr vertrauen Sie Deutschen?	vertraue ich voll und ganz <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher <input type="checkbox"/>	teils/teils <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher nicht <input type="checkbox"/>	vertraue ich gar nicht <input type="checkbox"/>
Wie sehr vertrauen Sie Aussiedlern, also Personen mit deutscher Herkunft aus Staaten des ehemaligen Ostblocks?	vertraue ich voll und ganz <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher <input type="checkbox"/>	teils/teils <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher nicht <input type="checkbox"/>	vertraue ich gar nicht <input type="checkbox"/>
Wie sehr vertrauen Sie den in Deutschland lebenden Westeuropäern?	vertraue ich voll und ganz <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher <input type="checkbox"/>	teils/teils <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher nicht <input type="checkbox"/>	vertraue ich gar nicht <input type="checkbox"/>
Wie sehr vertrauen Sie den in Deutschland lebenden Osteuropäern?	vertraue ich voll und ganz <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher <input type="checkbox"/>	teils/teils <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher nicht <input type="checkbox"/>	vertraue ich gar nicht <input type="checkbox"/>
Wie sehr vertrauen Sie den in Deutschland lebenden Türken?	vertraue ich voll und ganz <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher <input type="checkbox"/>	teils/teils <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher nicht <input type="checkbox"/>	vertraue ich gar nicht <input type="checkbox"/>
Wie sehr vertrauen Sie den in Deutschland lebenden Asiaten?	vertraue ich voll und ganz <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher <input type="checkbox"/>	teils/teils <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher nicht <input type="checkbox"/>	vertraue ich gar nicht <input type="checkbox"/>

Wie sehr vertrauen Sie den in Deutschland lebenden Afrikanern?	vertraue ich voll und ganz <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher <input type="checkbox"/>	teils/teils <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher nicht <input type="checkbox"/>	vertraue ich gar nicht <input type="checkbox"/>
Wie sehr vertrauen Sie den in Deutschland lebenden Nordamerikanern?	vertraue ich voll und ganz <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher <input type="checkbox"/>	teils/teils <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher nicht <input type="checkbox"/>	vertraue ich gar nicht <input type="checkbox"/>
Wie sehr vertrauen Sie den in Deutschland lebenden Südamerikanern?	vertraue ich voll und ganz <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher <input type="checkbox"/>	teils/teils <input type="checkbox"/>	vertraue ich eher nicht <input type="checkbox"/>	vertraue ich gar nicht <input type="checkbox"/>

Über den Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Ihm gehören acht Stiftungen an. Neben der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung sind dies: Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung, Vodafone Stiftung und ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius.

Der Sachverständigenrat ist ein unabhängiges und gemeinnütziges Beobachtungs-, Bewertungs- und Beratungsgremium, das zu integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung bezieht und handlungsorientierte Politikberatung anbietet. Die Ergebnisse seiner Arbeit werden in einem Jahresgutachten veröffentlicht.

Dem SVR gehören Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen und Forschungsrichtungen an: Prof. Dr. Klaus J. Bade (Vorsitzender), Prof. Dr. Ursula Neumann (stellv. Vorsitzende) sowie Prof. Dr. Gianni D'Amato, Prof. Dr. Thomas K. Bauer, Prof. Dr. Wilfried Bos, Prof. Dr. Heinz Faßmann, Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu, Prof. Dr. Christine Langenfeld, Prof. Dr. Ludger Pries, Prof. Dr. Werner Schiffauer.

Weitere Informationen unter: www.svr-migration.de

Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes; es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeberin:

Antidiskriminierungsstelle des Bundes
11018 Berlin

www.antidiskriminierungsstelle.de

Telefon: 03018 555-1855

E-Mail: poststelle@ads.bund.de

Gestaltung: www.avitamin.de

Stand: Juli 2012